

Einladung zur 19. WR-Bildungswerkstätte

1. Teil:

Wann: Freitag, 4. Mai 2018, 19.15 - 21.30 Uhr

Wo: **Im Kultur-Historischen Museum in Grenchen (3. OG)**

Absyte 3, 2540 Grenchen

Wer: öffentlicher Anlass

Kosten: keine, freie Kollekte

Unterlagen: beiliegende Texte zum Herunterladen ([HIER](#))

2. Teil:

Wann: Samstag, 12. Mai 2018, 9.30 – 13.00 Uhr

Wo: **Im Kultur-Historischen Museum in Grenchen (3. OG)**

Absyte 3, 2540 Grenchen

Wer: öffentlicher Anlass

Kosten: keine, freie Kollekte

Unterlagen:

Situationsplan



Thema der 19. WR-Bildungswerkstätte

« Die Reform der Europäischen Union »

*Die EU-Reform-Debatte hat
begonnen - die WRBW versteht
sie und weiss, was sie für die
Schweiz bedeutet*

Literatur:

1. Ein Überblick von Ulrike Gutrot
2. Ein Paket von Texten und Kommentaren zu Reden von Macron in Strassburg, zu einer Europadebatte in den Vogesen und der gemeinsamen Pressekonferenz in Berlin mit Merkel - Kommentare dazu aus D, F, UK, Italien und der Schweiz
3. Uebersichtsartikel aus dem Spiegel

Wir freuen uns auf Dich!

Das Kernteam der WRB
24. April 2018/NW

1 April 18

Macron en marche: Tauziehen um Europa

von **Ulrike Guérot**

„Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“, lautet der wohl berühmteste Ausspruch von Michail Gorbatschow. Heute könnte er auf die aktuelle Lage der EU gemünzt sein. Denn mit Blick auf Europa ist das tatenlose Abwarten zu einem Charakteristikum deutscher Politik geworden.

Immerhin ist nun, nach monatelanger Koalitions-Hängepartie, endlich etwas Bewegung in die Europapolitik gekommen. Kaum vereidigt, flog nach der Regierungsbildung der neue Außenminister Heiko Maas nach Paris. Am Tag danach folgten der neue Finanzminister Olaf Scholz und schließlich auch die Kanzlerin, um, wie es hieß, die ausgestreckte Hand von Emmanuel Macron zu ergreifen. Dieser hatte vor und kurz nach der Bundestagswahl in zwei vielbeachteten Reden in Athen und an der Pariser Sorbonne Pläne für eine angeblich weitreichende politische Integration Europas, vor allem der Eurozone, vorgelegt, was sofort massive Abwehr auf deutscher Seite hervorrief.

„Ein Staat kann eine Krise nicht alleine durchstehen, wenn er [wie in der EU] nicht mehr über seine Währungspolitik entscheidet. Aus all diesen Gründen brauchen wir einen stärkeren Haushalt im Zentrum Europas, im Zentrum der Eurozone“, so Macrons zentrale Forderung an der Sorbonne. „Darüber hinaus müssen wir darüber nachdenken, in diesen Haushalt zumindest teilweise eine Steuer einfließen zu lassen, zum Beispiel die Körperschaftssteuer, sobald ihre Harmonisierung erfolgt ist. Ein Haushalt kann nur einhergehen mit einer starken politischen Steuerung durch einen gemeinsamen Minister und eine anspruchsvolle parlamentarische Kontrolle auf europäischer Ebene.“ Dieses Konzept allerdings ist weder besonders weitreichend noch radikal, sondern eher alter Wein in neuen Schläuchen. Es entspricht fast eins zu eins jenen Plänen einer echten Wirtschafts- und Währungsunion, die bereits im Juni 2012 von der EU-Kommission vorgelegt, dann im „Fünf-Präsidenten-Bericht“ der EU im Dezember 2012 verabschiedet und schließlich im Juni 2015 – vor allem wegen deutscher Obstruktion – nur in sehr abgeschwächter Form neu aufgelegt wurden. Zentral geht es dabei um die Weiterentwicklung der Eurozone und ihrer vier „Bausteine“ zu einer Haushalts-, Wirtschafts-, Fiskal- und Politischen Union. Schon damals fielen die Kernbegriffe Eurozonenparlament, Eurozonenbudget und Eurozonen-Finanzminister.

Im deutschen Diskurs wird all das stets äußerst verkürzt als Weg in die „Haftungsgemeinschaft“ oder „Transferunion“ wiedergegeben. Dabei stand beispielsweise der Vorschlag eines Eurozonenparlamentes selbst in der Rede des damaligen Finanzministers Wolfgang Schäuble, als dieser im Mai 2012 den Karlspreis entgegengenahm.

Überdies haben die meisten bereits vergessen, dass schon nach der Bundestagswahl 2013 nur eine Frage die europäischen Gazetten beherrschte: Was wird Deutschland in Europa machen? Die Antwort bestand eine ganze Legislaturperiode lang in hartnäckigem Schweigen. Es wurde also viel Zeit verloren. Wenn jetzt darüber spekuliert wird, ob die Eurozonenreform nun endlich in die Gänge kommt, dann muss zunächst eines festgestellt werden: Es geht hier nicht etwa um eine neue, überraschende Dynamik, sondern – gerade mit Blick auf Deutschland – um eine Art fahrlässige Konkursverschleppung in Sachen Eurozonenreform, die seit mindestens sechs Jahren überfällig ist.

Worin aber liegen die Ursachen und Gründe, die in den letzten Jahren zu einer eindeutigen Verschiebung der deutschen Europapolitik geführt haben? Und welche Akteure haben sie betrieben?

Der ausschlaggebendste Grund dafür, warum in der EU seit langem nicht mehr die Reformen gemacht werden – oder gemacht werden können –, die gemacht werden sollten, ist zweifellos der rechtspopulistische Schub,

den ganz Europa in den vergangenen Jahren erfahren hat. So lässt sich beobachten, wie aus der von Ex-Kanzler Gerhard Schröder 1998 ausgegebenen Parole einer „Normalisierung“ deutscher Europapolitik im letzten Jahrzehnt eine „Nationalisierung“ deutscher Europapolitik wurde.

Dabei muss sich vor allem die CDU fragen lassen, ob sie – jenseits einer immer noch europafreundlichen Rhetorik – im Kern noch als Europapartei bezeichnet werden kann. Bekanntlich lautete eine der letzten Bemerkungen Helmut Kohls mit Blick auf Angela Merkel: „Die macht mir mein Europa kaputt“. Nun wird Merkel in ihrer aller Voraussicht nach letzten Amtszeit zu beweisen haben, wie sie mit dem europapolitischen Erbe Adenauers und Kohls umgeht.

Fest steht, dass in den letzten Jahren ihrer Regentschaft eine massive antieuropäische Verschiebung stattgefunden hat. Noch vor wenigen Jahren als vernünftig – und vor allem als politisch neutral – geltende institutionelle Reformvorschläge für die Eurozone werden heute mit politischen Kampfbegriffen wie „Schuldengemeinschaft“ belegt – obwohl die Forderungen einst von Deutschland mitentwickelt und mitgetragen wurden. Doch wer sie heute (noch) vertritt, gilt entweder als „links“ oder verrät „nationale Interessen“.

Diese auffällige Verschiebung europapolitischer Positionen findet aber keineswegs nur im deutschen Parteienspektrum statt. Wann immer es um Fragen der Institutionalisierung von Solidarität in der Eurozone geht – die sogenannten fiskalischen und monetären Auffangnetze –, beziehen der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte, aber auch der neue österreichische Kanzler Sebastian Kurz ähnliche mehr oder weniger subtile pro-nationale Positionen. Eigentlich wäre zu prüfen, ob dies immer noch dem geltenden Verfassungsauftrag einer ever closer union gerecht wird. Doch ist diese Feststellung längst müßig, denn die Antwort liegt auf der Hand: natürlich nicht.

Macron ohne Verbündete bei CDU und ÖVP

Emmanuel Macron, dem man jetzt die Hand reichen möchte, hat es daher bereits laut auszusprechen gewagt, dass er in der Europäischen Volkspartei (der auch CDU und ÖVP angehören) längst keinen Verbündeten für seine Reformpläne mehr sieht. Damit aber birgt die Europapolitik auch erhebliches Potential, zum Zankapfel der neuen Koalitionäre in Deutschland zu werden. Zwar greift der Koalitionsvertrag die Macronschen Vorschläge im Kern nicht auf, doch kommt das europapolitische Einführungskapitel durchaus vollmundig daher. Dort heißt es: „Wir wollen die EU finanziell stärken, damit sie ihre Aufgaben besser wahrnehmen kann.“ In diesem Sinne hat der neue Finanzminister Scholz bereits erklärt, dass Europa mehr Geld kosten wird, womit durchaus ein Politikwechsel hin zu einer offensiveren Europapolitik erkennbar wird.[1] Ein Tauziehen zwischen CDU und SPD, inwieweit man Macron entgegenkommen kann, scheint insofern vorprogrammiert. Es greift also viel zu kurz, schon von einem deutsch-französischen Schulterchluss zu sprechen.

Der Riss geht allerdings, wie bereits angedeutet, nicht nur durch die neue deutsche Regierungskoalition. Längst geht es im Kern darum, ob die gesamte derzeitige Parteienstruktur in Europa unter anderem an der Frage der Eurozonenreform zerschellen könnte – und ob Macron es sogar darauf anlegt. In Gesprächen in Brüssel war jedenfalls bereits von einer „Neuordnung der Parteiengrenzen“ auf europäischer Ebene die Rede[2] – was die CDU de facto als politischen Angriff wertet.[3]

Macron ist in der Tat davon überzeugt, dass auch das europäische Parteiensystem aufgebrochen und Platz für eine europäische Sammlungsbewegung geschaffen werden muss, damit es institutionelle Fortschritte in Europa geben kann, die die Frage der Legitimität und der Souveränität europäischer Entscheidungen neu regeln. „Démocratie, unité et souveraineté européenne“ (Demokratie, Einheit und europäische Souveränität) sind die immer wiederkehrenden Schlagwörter seiner Reden, die damit die Frage der Parlamentarisierung Europas in den Mittelpunkt der Debatte stellen.

Auch seine Partei La République en Marche ist längst in Brüssel angekommen und hat dort nicht nur Netzwerke aufgebaut. Vielmehr hält sie Ausschau, welche Parteien oder Personen sie europaweit für einen großen europäischen Wurf gewinnen könnte. Das Ziel dabei ist, nach den Europawahlen im Mai 2019 die zweitstärkste Fraktion im künftigen Europaparlament zu stellen. Zum EU-Gipfel am 24. März – auf dem ein neuer Anlauf für die Reform der Eurozone genommen wurde, der im Juni der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll – organisierte Macron einen länderübergreifenden Marsch auf Brüssel.

Dies lässt all jene aufhorchen, die der Überzeugung sind, dass die Eurozone politisch untragbar wird, wenn man sie nicht schnell reformiert. Sie muss ökonomische und soziale Erfolge erzielen, anstatt gerade nur eben am Leben erhalten zu werden. Auch in der akademischen Community, unter Politik- wie Wirtschaftswissenschaftlern, werden die Stimmen lauter, wonach Europa „revolutioniert“ werden muss, um es zu erhalten: „Ein neuer politischer Ansatz würde eine echte europäische Exekutive umfassen, die einem Parlament der Eurozone demokratisch verantwortlich ist und die Wirtschaftspolitik mit Expertise und einem größeren Maß an politischer Autonomie betreibt. Ein bloßer Kredit aus dem EU-Budget oder ein Schlechtwetterfonds für schwierige Zeiten wären weit davon entfernt, einen solchen Anpassungsmechanismus adäquat finanzieren zu können. Das wäre nur mit einem echten und beträchtlichen Eurozonenbudget möglich“, so kürzlich eine Gruppe einflussreicher Ökonomen.[4] Das aber geht weit über den Koalitionsvertrag und sogar über die Kommissionsvorschläge hinaus.

Europäischer Aufbruch oder europäische Bigotterie

Auch politisch werden solche Forderungen auf europäischer Ebene inzwischen aufgegriffen. Am 10. März erfolgte in Neapel die europäische Parteigründung von DiEM25, hinter der der ehemalige griechische Finanzminister Yanis Varoufakis steht. Das DiEM25-Manifest spricht von der Aufgabe, Europa aus seiner „Bigotterie“ herauszuführen. Das „technische“ Eurozonenmanagement müsse überwunden und „politisiert“, das heißt völlig anders legitimiert werden.[5] Im Kern entspricht das dem Ansatz von Macron, auch wenn dieser als „sozialliberaler“ Politiker (wobei einige das „sozial“ bestreiten) ansonsten politisch nicht mit DiEM25 übereinstimmt.

Interessanterweise nahm Benoît Hamon, der letztjährige Präsidentschaftskandidat der französischen Sozialisten, am DiEM25-Treffen in Neapel teil. Vor allem die europäische Linke gruppiert sich um die Frage der Eurozonenreform neu. So könnte es bei der Europawahl 2019 zu zwei konkurrierenden transnationalen Listen kommen, einer links-progressiven DiEM25-Liste und einer sozialliberalen europäischen Macron-Liste. Für DiEM25 besteht dabei das größte Problem in der zunehmenden Spaltung der europäischen Linken in eine nationale Strömung (Corbyn, Mélenchon, Wagenknecht) und eine kosmopolitische Strömung, deren politischer Platz indes begrenzt scheint. Macron muss nun versuchen, Teile der europäischen Sozialdemokratie und der europäischen Grünen sowie den moderat-sozialen Teil der europäischen Liberalen an sich zu binden. Um die 70 Mitglieder des aktuellen Europäischen Parlaments soll er bereits für seine Pläne gewonnen haben. Dabei gilt allerdings: Inhaltliche Zustimmung zu Macrons Plänen führt noch lange nicht zwangsläufig auch zum Wechsel des Parteilagers.

Eines aber steht bereits fest: Die Frage „Wie hältst du es mit Europa?“ hat inzwischen das Potential, zur Zerreißprobe für fast jede Partei zu werden, und zwar auf nationaler wie auf europäischer Ebene. Europäischer Aufbruch oder europäische Bigotterie lautet daher heute die Gretchenfrage.

Und wo Macron auch deshalb transnationale Listen anstrebt, weil das seine Chance auf politische Einflussnahme in Europa massiv erhöht, ist ein großer Teil der CDU strikt dagegen. Die Christdemokraten insistieren daher auf Spitzenkandidaten, die nur von bereits bestehenden europäischen Parteien nominiert werden können. Die Debatte um „Spitzenkandidaten“ versus „transnationale Listen“ wird so zu einem verdeckten deutsch-französischen Machtkampf in und um Europa. Wie immer diese politische Auseinandersetzung auch ausgeht, die gute Nachricht ist: Diese Diskussion verläuft längst nicht mehr entlang

nationaler Grenzen, sondern geht mitten durch alle Parteien und alle europäischen Länder. Die schlechte lautet dagegen: Das andere, post-nationale Europa kann nicht mehr einer klassischen deutsch-französischen Zusammenarbeit entspringen – das Tandem hat damit auch nicht mehr die Kraft, europäische Fortschritte gemeinsam auf den Weg zu bringen.

Die politischen Reflexe in Europa werden sich an diese neue Realität erst gewöhnen müssen. Die Abstimmung im Europäischen Parlament am 7. Februar über den (gescheiterten) Vorschlag, zukünftig mit transnationalen Listen anzutreten, hat eines jedenfalls deutlich gezeigt: Bei dieser Entscheidung war das Rechts-links-Schema längst aufgehoben – auch wenn die liberal-grün-links-progressiven Parteien in der Mehrheit eher dafür, und die christlich-konservativen bis hin zu den national-populistischen Parteien eher dagegen waren. Am Ende gab nicht zuletzt die Mehrheit der CDU-Abgeordneten den Ausschlag gegen den Macron-Vorschlag. Wie diese so zum Partner für eine Neugründung Europas werden soll, scheint mithin schleierhaft. Wird sie es aber nicht und spaltet sich zeitgleich die europäische Linke, nützt dies einzig und allein den Populisten. Denn diese haben eins jedenfalls immer gemeinsam: dass sie von all dem – nämlich von Europa – gar nichts wollen.

[1] Vgl. „Süddeutsche Zeitung“, 16.3.2018.

[2] Jürgen König und Peter Kapern, Paris macht Druck, Brüssel bremst, in: „Deutschlandfunk“, 22.2.2018.

[3] Vgl. „Der Spiegel“, 12.3.2018.

[4] Blueprint for a democratic renewal of the eurozone, in: „Politico“, 28.2.2018.

[5] Vgl. www.diem25.org.

(aus: »Blätter« 4/2018, Seite 5-8)

Themen: Europa, Demokratie und Parteien

Weitere Artikel von Ulrike Guérot in den »Blättern«:

Ausgabe 8/2017: »Was nach dem Imperium kommt, ist die große Frage«

Ausgabe 1/2016: Das Ende der Republik?

Ausgabe 1/2010: Europas verpasste Sternstunde

Ausgabe 6/2016: Das Versagen der politischen Mitte

Ausgabe 6/2011: Welches Deutschland braucht Europa?

Folgende Artikel zum Thema »Europa« könnten Sie ebenfalls interessieren:

Rudolf Walther: Hoffnungsträger Hollande

Raimund Feld: Schwedisches Volksheim von rechts?

Gustav Auernheimer: Griechenland: Wahlschlacht im Schuldurm

Bernard Schmid: Frankreichs Linke

Oskar Negt: Das Europa von heute und die Wirklichkeit von morgen

Anne-Katrin Lang, Lina Klymenko: Hungersnot oder Genozid?

Paris tente de relancer l'« effet Macron »

Le chef de l'Etat va présenter mardi ses projets de réformes de l'UE devant le

BRUXELLES - bureau européen

Relancer la dynamique des réformes dans l'Union européenne (UE) alors qu'elle s'essouffle sérieusement. C'est l'objectif de l'exercice auquel se livrera Emmanuel Macron au Parlement européen, à Strasbourg, mardi 17 avril, lors d'un discours suivi d'un débat très attendu par les députés européens. L'intervention est un moment important pour le président, qui a placé la transformation de l'UE au cœur de sa stratégie. Mais six mois après avoir salué son discours de la Sorbonne, les autres dirigeants européens sont de plus en plus réticents à suivre l'ambitieux chemin qu'il avait alors tracé. Le statu quo menace, à un an du scrutin des européennes de mai 2019.

M. Macron devrait souligner dans sa prise de parole à quel point le moment est crucial pour l'UE, cernée par des défis multiples : un partenaire américain imprévisible, la Russie de plus en plus menaçante, la guerre en Syrie... « *L'idée n'est pas de refaire un discours de la Sorbonne, mais d'insister sur l'urgence à agir, la nécessité de développer un modèle européen démocratique* », insiste-t-on à l'Elysée.

Face aux désordres du monde, « *l'Europe veut-elle s'affirmer, ou au contraire rester en position de défense ? C'est un débat fondamental* », insiste un diplomate bruxellois. La France de Macron a choisi le volontarisme : elle frappe en Syrie, veut que Bruxelles réplique aux menaces de taxes sur l'acier et l'aluminium du président américain, Donald Trump, et insiste pour que les GAFA, champions de l'évasion fiscale, soient soumis à un impôt spécifique.

Mais les autres dirigeants ne manifestent pas autant d'entrain. En septembre 2017, ils étaient pourtant nombreux à avoir salué le discours de la Sorbonne et ses dizaines de propositions (taxe carbone aux frontières, listes transnationales pour les européennes, relance de l'intégration de la zone euro, etc.). Mais le contexte était différent : à Bruxelles, on espérait que la victoire d'Emmanuel Macron marque un coup d'arrêt à la progression des populistes en Europe.

Immobilisme

Il n'en a rien été : en Autriche, le jeune premier ministre Sebastian Kurz s'est allié avec l'extrême droite. En Hongrie, Viktor Orban a été réélu triomphalement sur un discours haineux à l'égard des migrants et des technocrates de Bruxelles. En Italie, les élections de mars ont débouché sur la victoire des formations populistes, le Mouvement 5 étoiles et la Ligue.

Et l'indispensable partenaire allemand a mis trois à quatre mois de plus qu'espéré à Paris pour disposer d'un gouvernement en ordre de marche : la coalition SPD-CDU (sociaux-démocrates et conservateurs) n'en est encore qu'à la

découverte des dossiers européens. Avec Berlin, les discussions sur l'eurozone viennent de commencer. Olaf Scholz, le nouveau ministre des finances, tout social-démocrate qu'il est, n'a pour l'instant fait aucune déclaration indiquant qu'il prendra le contre-pied des positions rigoristes de son prédécesseur, Wolfgang Schäuble.

Les Français ont déjà revu leurs ambitions à la baisse, abandonnant leur idée d'un parlement de la zone euro et « *personne ne discute sérieusement d'un ministre des finances de la zone euro* », ajoute un diplomate bruxellois proche de l'Eurogroupe. Mais ils tiennent à leur idée d'un budget spécifique. Il pourrait être adossé au Mécanisme européen de stabilité (MES), le fonds de secours créé pendant la crise pour venir en aide à la Grèce ou au Portugal, mais il n'est pas sûr que cela passe la barre des conservateurs de la CDU.

L'eurodéputé Vert allemand Sven Giegold a fait fuiter, samedi 14 avril sur Twitter, une position que la CDU et son partenaire bavarois CSU souhaitent défendre au Bundestag, le 17 avril, appelant à conditionner une réforme ambitieuse du MES à une improba-

Les Français ont déjà revu leurs ambitions à la baisse, abandonnant l'idée d'un Parlement de la zone euro

ble réforme des traités de l'UE, ce qui revient à réclamer son abandon. Cette position « *contredit l'esprit des engagements [de la coalition avec le SPD] et en comparaison, le dogmatisme de M. Schäuble paraît presque progressiste* », a regretté l'Allemand Udo Bullmann, chef de file des socialistes au Parlement européen.

La séance de travail entre Emmanuel Macron et la chancelière allemande, Angela Merkel, prévue jeudi 19 avril à Berlin, pour tenter de former une position commune sur ces sujets avant juin, sera cruciale. « *S'il y avait un blocage sur la zone euro, on n'en serait pas à ce deuxième rendez-vous* » depuis celui de fin mars, à Paris, veut-on croire à l'Elysée.

Les « faucons » allemands peuvent compter sur les Pays-Bas qui ont pris la tête d'un groupe d'Etats (baltes et nordiques) hostiles aux projets de M. Macron sur la zone euro. Cette « ligue hanséatique » refuse d'entendre parler d'un budget spécifique de l'eurozone ou de tout ce qui pourrait aboutir à davantage de solidarité financière entre le Nord et le Sud de l'Union. « *Les Néerlandais sont les nouveaux Allemands de l'Eurogroupe* », relève le diplomate bruxellois.

TV5MONDE | Le Monde

Nathalie Loiseau et les « vieux partis »

Interrogée sur les élections européennes qui se tiendront en mai 2019 et sur le positionnement qu'occupera La République en marche dans le prochain Parlement de Strasbourg, la ministre chargée des affaires européennes, Nathalie Loiseau, a regretté l'absence de listes transnationales. « *C'est un projet que nous avions porté. Malheureusement, il s'est heurté au conservatisme des vieux partis européens représentés au Parlement européen* », a-t-elle déclaré, dimanche 15 avril, sur TV5 Monde, dans l'émission « Internationales », dont Le Monde et RFI sont partenaires.

L'in aller argu euro mai conc ne se un p en fê d'un dent ser s n'a p actif la ré trav: finit (les Ou l eucr déce

« La En r tran prier quée Stra GAF sion sitio Chy corr axée dusi part du chei avec « C dest avec cer, vroi ges, lors BFI tant sou

ancer l'« effet Macron » en Europe

es projets de réformes de l'UE devant le Parlement de Strasbourg

découverte des dossiers européens. Avec Berlin, les discussions sur l'eurozone viennent de commencer. Olaf Scholz, le nouveau ministre des finances, tout social-démocrate qu'il est, n'a pour l'instant fait aucune déclaration indiquant qu'il prendra le contre-pied des positions rigoristes de son prédécesseur, Wolfgang Schäuble.

Les Français ont déjà revu leurs ambitions à la baisse, abandonnant leur idée d'un parlement de la zone euro et « *personne ne discute sérieusement d'un ministre des finances de la zone euro* », ajoute un diplomate bruxellois proche de l'Eurogroupe. Mais ils tiennent à leur idée d'un budget spécifique. Il pourrait être adossé au Mécanisme européen de stabilité (MES), le fonds de secours créé pendant la crise pour venir en aide à la Grèce ou au Portugal, mais il n'est pas sûr que cela passe la barre des conservateurs de la CDU.

L'eurodéputé Vert allemand Sven Giegold a fait fuiter, samedi 14 avril sur Twitter, une position que la CDU et son partenaire bavarois CSU souhaitent défendre au Bundestag, le 17 avril, appelant à conditionner une réforme ambitieuse du MES à une improba-

**Les Français
ont déjà revu
leurs ambitions
à la baisse,
abandonnant
l'idée
d'un Parlement
de la zone euro**

ble réforme des traités de l'UE, ce qui revient à réclamer son abandon. Cette position « *contredit l'esprit des engagements* [de la coalition avec le SPD] *et en comparaison, le dogmatisme de M. Schäuble paraît presque progressiste* », a regretté l'Allemand Udo Bullmann, chef de file des socialistes au Parlement européen.

La séance de travail entre Emmanuel Macron et la chancelière allemande, Angela Merkel, prévue jeudi 19 avril à Berlin, pour tenter de former une position commune sur ces sujets avant juin, sera cruciale. « *S'il y avait un blocage sur la zone euro, on n'en serait pas à ce deuxième rendez-vous* » depuis celui de fin mars, à Paris, veut-on croire à l'Élysée.

Les « faucons » allemands peuvent compter sur les Pays-Bas qui ont pris la tête d'un groupe d'États (baltes et nordiques) hostiles aux projets de M. Macron sur la zone euro. Cette « ligue hanséatique » refuse d'entendre parler d'un budget spécifique de l'eurozone ou de tout ce qui pourrait aboutir à davantage de solidarité financière entre le Nord et le Sud de l'Union. « *Les Néerlandais sont les nouveaux Allemands de l'Eurogroupe* », relève le diplomate bruxellois.

L'immobilisme, notamment allemand, risque de donner des arguments supplémentaires aux eurosceptiques pour le scrutin de mai 2019. Et, en France, aux listes concurrentes de LRM. « *La partie ne sera pas facile* », redoutait déjà un poids lourd du gouvernement en février, anticipant la difficulté d'un « deal » avec Berlin. Le président français a certes réussi à peser sur l'agenda européen, mais il n'a pas encore grand-chose à son actif, à part l'avancée notable sur la révision de la directive sur les travailleurs détachés qui a été définitivement adoptée au Conseil (les États-membres) début avril. Ou les progrès vers une défense européenne intégrée, actés en décembre 2017.

« La partie ne sera pas facile »

En revanche, son idée de listes transnationales pour les européennes a été sèchement retoquée par les parlementaires de Strasbourg en février. La taxe GAFA, soutenue par la Commission européenne, bute sur l'opposition de l'Irlande, de Malte ou de Chypre. Le projet d'une stratégie commerciale européenne plus axée sur la défense des intérêts industriels du continent a été en partie occultée par les menaces du président Trump de déclencher une guerre commerciale avec le reste du monde.

« *C'est maintenant que se joue le destin de l'Union. Nous avancerons avec ceux qui voudront bien avancer, ceux qui ne suivront pas devront accepter de rester aux marges de l'UE* », a prévenu M. Macron lors du débat avec Mediapart et BFM-TV, dimanche 15 avril, insistant sur sa vision d'une « Europe souveraine » et « qui protège ».

LE CONTEXTE

DIVISIONS

« Démocraties illibérales »

Lors de son interview sur BFM-TV et Mediapart, Emmanuel Macron a déploré la « *montée des démocraties illibérales* » en Europe. Il a nommé la Hongrie, la Pologne et « *certaines en Roumanie* », en saluant le rôle du président Klaus Iohannis, qui « *soutient son pays à bout de bras* » face aux dérives du gouvernement socialiste.

Fiscalité

Interrogé sur les pratiques fiscales de pays comme Malte, le Luxembourg et les Pays-Bas, le président a refusé de parler de « *paradis fiscaux* ». « *Ce sont des États qui permettent des contournements massifs* », a convenu le président, mais « *ça ne s'appelle pas de la fraude fiscale, c'est de l'optimisation* ».

Mardi, le président Macron lancera aussi officiellement ses consultations citoyennes sur l'Europe, lors d'un premier débat à Epinal. Une restitution des échanges est prévue fin octobre, avant le lancement officiel de la campagne des européennes. Des débats du même type ont déjà commencé en Croatie. L'Espagne, Malte, l'Allemagne et la République tchèque devraient rapidement suivre. Cette initiative française est modeste mais, pour l'instant, c'est la seule qui fasse vraiment l'unanimité dans l'Union. ■

CÉCILE DUCOURTIEUX

« vieux partis »

nnés qui se tiendront en u'occupera La République en de Strasbourg, la ministre Nathalie Loiseau, a regretté « *C'est un projet que nous est heurté au conservatisme és au Parlement européen* », ur TV5 Monde, dans l'émission de et RFI sont partenaires.



18.4.18

STELTZNER

2,80 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz

Zweifel an der EU

Von Nikolas Busse

Mit seiner Diagnose hat der französische Präsident recht: In den Mitgliedstaaten der Europäischen Union herrschen Zweifel an der Integration, und es sind neue nationalistische Strömungen entstanden. Aber muss die Antwort darauf wirklich eine Großreform sein, verbunden gar mit einem weiteren Souveränitätstransfer nach Brüssel? Wenn sich immer mehr Bürger unwohl fühlen bei dem Gedanken, dass ihre vertrauten nationalen Institutionen keinen oder nur wenig Einfluss auf Entscheidungen haben, die ihr Leben unmittelbar betreffen, ist es dann wirklich ratsam, dieses System noch auszubauen? Nicht jeder der Vorschläge Macrons hätte das zur Folge – aber um das Legitimitätsproblem zu lösen, mit dem die EU seit langem kämpft, braucht es mehr als die Bürgerkonvente, die er veranstaltet.

Nach dem Besuch des Präsidenten in Berlin ist man nicht wirklich schlauer, wie ein deutsch-französischer Kompromiss aussehen könnte. Der Widerstand, auf den hierzulande vor allem Macrons Ideen für die Währungsunion stoßen, versuchte er mit der Formel zu überspielen, man müsse sich in

erster Linie über das Ziel einig sein. Da macht er es sich ein bisschen leicht. Das Ziel lautet: ein stabiler Euro-Raum; außer den eingefleischten Feinden stellt das doch niemanden in Frage. Strittig ist, ob der Weg dort über Strukturreformen oder Transfers führt. Macron hat in Berlin noch einmal klargemacht, dass er auf Letztum nicht verzichten will, er nennt es Solidarität. Und da ist man eben doch nicht schnell bei Themen wie einer gemeinsamen Haushalt für den Euro-Raum. Die Kanzlerin hat dafür bisher keine Begeisterung erkennen lassen – ihr Vorschlag, den Rat der Finanzminister um die Wirtschaftsminister zu erweitern, zeigt, dass es ihr immer noch sehr auf die Wettbewerbsfähigkeit ankommt.

Mindestens genauso wichtig wie die Zukunft der Währungsunion ist die Zusammenarbeit auf Feldern wie Migrationen oder der Außenpolitik. Auch hier fragt man sich, wie die Länder zusammenkommen sollen in entscheidenden Momenten, wenn wieder getrennte Wege gehen: Frankreich greift militärisch in Syrien ein; Deutschland steht abseits; Deutschland diskutiert seit vielen Jahren mit Asylbewerberzentren in Afrika, Frankreich richtet sie ein. Die Debatte über die Weiterentwicklung der EU ist noch lange nicht zu Ende.

Macron warnt vor Rückfall in Nationalismus. FAZ/18.4.

„Die Antwort ist nicht die autoritäre Demokratie, sondern die Autorität der Demokratie“

hmk./now./elo. BRÜSSEL/BERLIN, 17. April. Der französische Präsident Emmanuel Macron hat die Partner der Europäischen Union eindringlich dazu aufgerufen, bis zu den Europawahlen im Mai 2019 eine Reihe konkreter Reformabsprachen zu treffen. „Wir müssen bis zum Ende der Legislaturperiode spürbare Ergebnisse einfahren“, sagte Macron am Dienstag im Europäischen Parlament. Der französische Präsident nannte als vorrangige Ziele insbesondere die geplante Stärkung der europäischen Währungsunion und EU-Hilfsgelder für die von der Flüchtlingskrise besonders in Mitleidenschaft gezogenen Städte und Gemeinden. Mit Blick auf die kommenden Verhandlungen zur mittelfristigen Finanzplanung der EU für die Jahre 2021 bis 2027 bekräftigte er die Bereitschaft Frankreichs, mehr Gelder für den Brüsseler Haushalt zur Bewältigung der Herausforderungen zur Verfügung zu stellen, nicht zuletzt in der Migrations- und der Außen- und Sicherheitspolitik.

Bei seinem mit viel Beifall, aber auch von mancher Kritik begleiteten Auftritt im Europäischen Parlament in Straßburg forderte Macron eine rasche Vollendung der europäischen Bankenunion sowie Fortschritte auf dem Weg zu einem eigenen Haushalt für den Euroraum, der Stabilität und wirtschaftlichen Gleichlauf fördern werde. Seinen ebenfalls umstrittenen Vorstoß zu einem mit umfassenden Befugnissen ausgestatteten EU-Finanzminister erwähnte der Präsident nicht. Dafür sprach er sich dafür aus, Erlöse aus der Besteuerung digitaler Geschäfte direkt dem EU-Haushalt zu fließen zu lassen. Dies solle auch für Abgaben gelten, die bei der Einfuhr von Produkten in die EU erhoben werden und die sich aus dem Umfang des bei der Herstellung erforderlichen Kohlendioxidausstoßes errechnen lassen sollen.

Eindringlich rief der französische Präsident dazu auf, dem auch in Europa drohenden Rückfall in den Nationalismus die gemeinsamen Werte entgegenzusetzen, die in der Entwicklung der Gemeinschaft über Jahrzehnte bestimmend gewesen seien. Unter Anspielung auf die vielfach kritisierten Entwicklungen in den EU-Mitgliedstaaten Polen und Ungarn sagte Macron: „Die Antwort ist nicht die autoritäre Demokratie, sondern die Autorität der Demokratie.“ Er selbst wolle nicht der „Generation der Schlafwandler“ angehören, die Europas Vergangenheit vergessen habe oder sich weigere, die Errungenschaften der Demokratie zu verteidigen.



Kein Schlafwandler: Emmanuel Macron am Dienstag in Straßburg

Foto AFP

Am Donnerstag wird Macron in Berlin mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zusammentreffen. Zur Diskussion um die Vertiefung der Währungsunion sagte sie: „Wir werden zum Juni mit Frankreich gemeinsame Lösungen finden.“ Sie beschränkte das nicht auf finanzpolitische Themen, sondern bezog etwa die Verteidigungs- und Forschungspolitik ein.

Die Unionsfraktion debattierte derweil über weitere Reformschritte und die Vorschläge Macrons. Der Vorsitzende

der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Alexander Dobrindt, hatte sich zuvor kritisch zu den Plänen Macrons geäußert und empfohlen, sich bis zum Juni-Gipfel auf die „wesentlichen Vorschläge“ zu konzentrieren, etwa die im Koalitionsvertrag vereinbarte Weiterentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus zu einem Währungsfonds. Dobrindt wandte sich gegen die Einführung eines EU-Finanzministers und einer EU-weiten Arbeitslosenversicherung. (Siehe Seite 2 und Wirtschaft, Seite 15.)

Merkel freine les ambitions de Macron

Fragilisée politiquement, la chancelière allemande ne veut pas d'une réform

BERLIN - correspondant

Quand Emmanuel Macron s'était rendu à Berlin au lendemain de sa prise de fonction, le 15 mai 2017, Angela Merkel l'avait accueilli en citant l'écrivain allemand Hermann Hesse: «Au début de toute chose, il y a un charme», avait-elle déclaré à ses côtés, face à la presse. «Mais le charme ne dure que si les résultats sont là», avait-elle aussi-tôt prévenu.

Un an plus tard, la chancelière allemande n'a pas à se plaindre de la politique du président français. Outre-Rhin, les réformes qu'il a mises en œuvre sont considérées comme positives par la coalition de M^{me} Merkel ainsi que par les milieux économiques. Pourtant, le charme s'est dissipé. M. Macron devrait en faire le constat en se rendant, jeudi 19 avril, à Berlin, où son volontarisme sur les dossiers européens suscite de vives réticences.

A priori, le programme du nouveau gouvernement allemand devrait pourtant convenir au président français. Intitulé «Un nouvel élan pour l'Europe», le contrat de coalition, laborieusement scellé entre les conservateurs (CDU-CSU) et les sociaux-démocrates (SPD), entre en résonance avec l'ambition de M. Macron de «refonder» celle-ci. La réalité est plus prosaïque. Un mois après sa réélection pour un quatrième mandat, la chancelière semble en effet avoir abandonné toute hardiesse

réformatrice sur le front européen. Face à M. Macron, «M^{me} Merkel est-elle en train de devenir M^{me} Non?», s'interrogeait ainsi le *Spiegel*, lundi. Poser la question, c'est déjà y répondre.

Officiellement, bien sûr, il n'est pas question de renoncement. «Je pense que l'Allemagne peut apporter sa propre contribution et que nous trouverons d'ici [au Conseil européen de] juin des solutions conjointes avec la France», a déclaré la chancelière, mardi, ajoutant «attendre avec impatience» la visite de M. Macron.

«Retour à la réalité»

Sur le fond, il est toutefois peu probable que cette rencontre se traduise par des avancées notables, à part peut-être sur l'union bancaire. A Berlin, M^{me} Merkel ne peut en effet ignorer les réserves de sa famille politique à l'égard des propositions françaises, notamment sur la création d'un budget de la zone euro. «Je ne

pense pas que cela soit une bonne idée d'avoir un deuxième budget distinct de celui qui existe déjà pour l'Union européenne dans son ensemble», a ainsi déclaré, lundi, Annegret Kramp-Karrenbauer, secrétaire générale de la CDU et proche de la chancelière.

Avant son rendez-vous avec le président français, M^{me} Merkel a également tenu à rassurer son camp sur un autre sujet sensible. Lors d'une réunion du groupe CDU-CSU au Bundestag, mardi, elle a ainsi défendu l'idée que la transformation du Mécanisme européen de stabilité en Fonds monétaire européen (FME) ne pourrait se faire sans modification des traités, ce qui revient à l'enterrer. Un gage donné à l'aile conservatrice de sa majorité, opposée à l'idée d'un FME qui puisse aider des pays en difficulté sans les contraindre à de sérieuses réformes structurelles, comme l'envisage la Commission européenne, soutenue par la France.

Bruxelles veut ouvrir des négociations d'adhésion avec l'Albanie et la Macédoine

La Commission européenne a proposé, mardi 17 avril, aux Etats membres de l'Union européenne (UE) d'ouvrir les négociations pour une adhésion de l'Albanie et de la Macédoine. «La décision se fonde sur une évaluation de progrès réalisés par ces deux pays», a expliqué la représentante de la diplomatie européenne, Federica Mogherini. Plusieurs pays, dont la France, sont toutefois très réticents à tout nouvel élargissement. Dans les Balkans, la Serbie et le Monténégro ont déjà entamé des négociations d'adhésion. Selon la Commission, ils pourraient intégrer l'UE d'ici à 2025. Le Kosovo et la Bosnie sont, quant à eux, encore loin de commencer des négociations.

Face à Macron, «l'Allemagne est passée du tapis rouge aux lignes rouges», selon l'économiste Henrik Enderlein

Mais la CDU-CSU n'est pas la seule à freiner les ambitions européennes de M. Macron. Bien que social-démocrate, Olaf Scholz, le nouveau ministre des finances allemand, se montre lui aussi d'une grande prudence vis-à-vis des propositions de l'Elysée. «Les idées de M. Macron apportent un nouvel élan au projet européen dont nous avons besoin. Mais le président français sait aussi qu'elles ne pourront pas toutes être réalisées», a ainsi déclaré M. Scholz, dimanche, à la *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Pour Paris, celui-ci ne devrait pas être un interlocuteur beaucoup plus souple que son prédécesseur, Wolfgang Schäuble (CDU). Mardi, le ministre des finances a d'ailleurs annoncé qu'il maintenait à leurs postes les principaux conseillers de M. Schäuble.

Face à M. Macron, «l'Allemagne est passée du tapis rouge aux lignes rouges», reconnaît Henrik Enderlein, directeur de l'Institut Jacques Delors, à Berlin. Proche du SPD, cet économiste allemand écouté à l'Elysée estime toutefois

que
tre
ne
dar
fai
sus
ten
rai
de
Fra
eur
un
d'a
«
que
que
Ber
ma
ave
goi
Joa
seil
du
che
nai
Wie
au
que
fon
apr
un
du
«
des
çai
con
lin.
trè
jori
étr
dyn
cert
les

ambitions de Macron

l'Allemagne ne veut pas d'une réforme en profondeur de la zone euro

... que cela soit une bonne
voir un deuxième budget
de celui qui existe déjà
union européenne dans son
», a ainsi déclaré, lundi,
et Kramp-Karrenbauer,
re générale de la CDU et
de la chancelière.

son rendez-vous avec le
nt français, M^{me} Merkel a
nt tenu à rassurer son
r un autre sujet sensible.
une réunion du groupe
U au Bundestag, mardi,
nsi défendu l'idée que la
mation du Mécanisme
n de stabilité en Fonds
re européen (FME) ne
se faire sans modifica-
s traités, ce qui revient à
r. Un gage donné à l'aile
atrice de sa majorité, op-
l'idée d'un FME qui puisse
s pays en difficulté sans
raindre à de sérieuses ré-
structurelles, comme l'en-
la Commission euro-
soutenue par la France.

Associations à Macédoine

17 avril, aux Etats
r les négociations
doine. « La décision
s par ces deux
matie européenne,
rance, sont toutefois
ns les Balkans,
es négociations
ent intégrer l'UE
nt à eux, encore

Face à Macron, «l'Allemagne est passée du tapis rouge aux lignes rouges», selon l'économiste Henrik Enderlein

Mais la CDU-CSU n'est pas la seule à freiner les ambitions européennes de M. Macron. Bien que social-démocrate, Olaf Scholz, le nouveau ministre des finances allemand, se montre lui aussi d'une grande prudence vis-à-vis des propositions de l'Élysée. « Les idées de M. Macron apportent un nouvel élan au projet européen dont nous avons besoin. Mais le président français sait aussi qu'elles ne pourront pas toutes être réalisées », a ainsi déclaré M. Scholz, dimanche, à la *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Pour Paris, celui-ci ne devrait pas être un interlocuteur beaucoup plus souple que son prédécesseur, Wolfgang Schäuble (CDU). Mardi, le ministre des finances a d'ailleurs annoncé qu'il maintenait à leurs postes les principaux conseillers de M. Schäuble.

Face à M. Macron, « l'Allemagne est passée du tapis rouge aux lignes rouges », reconnaît Henrik Enderlein, directeur de l'Institut Jacques Delors, à Berlin. Proche du SPD, cet économiste allemand écouté à l'Élysée estime toutefois

que la « fin de la lune de miel » entre le président et la chancelière ne marquera pas un coup d'arrêt dans leur volonté commune de faire avancer l'Europe. « Le processus prendra sans doute plus de temps que ce que certains espéraient. De ce point de vue, la feuille de route qui sera présentée par la France et l'Allemagne au Conseil européen de juin sera davantage un point de départ qu'un point d'arrivée », prédit M. Enderlein.

« Si on peut avoir l'impression que les choses sont plus compliquées qu'il y a un an entre Paris et Berlin, c'est parce qu'on n'entre que maintenant dans le vif du débat, avec la mise en place d'un nouveau gouvernement à Berlin », explique Joachim Bitterlich, ancien conseiller aux affaires européennes du chancelier Helmut Kohl. Chercheur à la Fondation Konrad-Adenauer, proche de la CDU, Olaf Wientzek refuse lui aussi de céder au désenchantement, estimant que la situation actuelle n'est au fond qu'un « retour à la réalité » après plusieurs mois d'« attentes un peu exagérées » des deux côtés du Rhin.

« A la chancellerie, on continue de soutenir Macron. Mais les Français doivent avoir en tête que le contexte politique a changé à Berlin. Il y a près de 100 députés d'extrême droite au Bundestag. La majorité de M^{me} Merkel est plus étroite. Cela ne veut pas dire que la dynamique est enrayée. Mais il est certain que cela peut compliquer les choses. » ■

THOMAS WIEDER

LE CONTEXTE

MAJORITÉ FRAGILE

Angela Merkel a été réélue chancelière par le Bundestag, le 14 mars, pour un quatrième mandat, après six mois de négociations difficiles. Sa majorité, constituée des conservateurs de la CDU-CSU et des sociaux-démocrates du SPD, est fragile : elle tient à neuf sièges seulement. L'extrême droite a par ailleurs fait son entrée au Parlement pour la première fois depuis 1945.

DIVISIONS

Si la France souhaite réformer l'Union européenne pour approfondir la solidarité budgétaire entre Etats membres, la priorité allemande est l'amélioration de la gestion des flux migratoires. Berlin veut une réforme des règles en matière d'asile pour éviter un nouvel afflux de migrants comme en 2015.

Der Präsident lässt sich nichts gefa

In Straßburg trägt Macron seine Forderungen für eine erneuerte EU vor – und bekommt Lob und Kritik. Einige Anwürfe verleiten den Gast aus Paris zu einer erregten Widerrede.

Von Michael Stabenow

BRÜSSEL, 17. April

Lange wirkt es wie ein Heimspiel, als der französische Präsident am Dienstag im Europäischen Parlament für seine ehrgeizigen Vorhaben zur Reform der Europäischen Union wirbt. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, der im vergangenen Herbst im selben Plenarsaal seine Vision für eine erneuerte EU dargelegt hat, zieht schon zu Anfang seiner Rede das Fazit: „Das wirkliche Frankreich ist zurückgekehrt.“ Es folgen Lob und einige kritische Bemerkungen der Fraktionsvorsitzenden der Europäischen Volkspartei (EVP), Manfred Weber (CSU), und der Sozialdemokraten (S&D), Udo Bullmann. Dann ruft der wortgewaltige Fraktionschef der Liberalen, Guy Verhofstadt, dem zu diesem Zeitpunkt lächelnden Gast zu: „Im Augenblick befinden wir uns noch im guten Abschnitt der Redebeiträge.“

Emmanuel Macrons Miene verfinstert sich, als mehrere französische Parlamentarier das Wort ergreifen. Der zur Linken-Fraktion gehörende Abgeordnete Patrick Le Hyaric wirft dem Präsidenten vor, die jüngsten amerikanisch-französisch-britischen Luftschläge auf syrische Chemiewaffenlager und -produktionsstätten ohne Mandat der Vereinten Nationen angeordnet zu haben. Und er konfrontiert Macron, der zuvor das in seiner Europa-Rede an der Sorbonne-Universität vorgebrachte Plädoyer für ein souveränes, seine Bürger schützendes Europa erneuert hat, mit dem „Dogma“ des ungehinderten Wettbewerbs, des „Ultraliberalismus“ oder auch der als „Austerität“ bezeichneten Sparpolitik.

Macron verschränkt zunächst die Arme, legt später dann den Zeigefinger auf den Mund, als der rechtsnationale Abgeordnete Florian Philippot ihm sagt: „Sie sind hierhergekommen, um zu gefallen.“ Macron sei der „Schwarm Brüssels“. Wenig amüsiert, aber schweigend hört sich der Präsident auch Nicolas Bay an, einen Abgeordneten des rechtsextremen Front National. Der bescheinigt dem Präsidenten, mit seinem Loblied auf Europa gegen den Strom zu schwimmen – der doch in die Richtung der „Rückkehr der Nation“ und der Grenzen fließe.

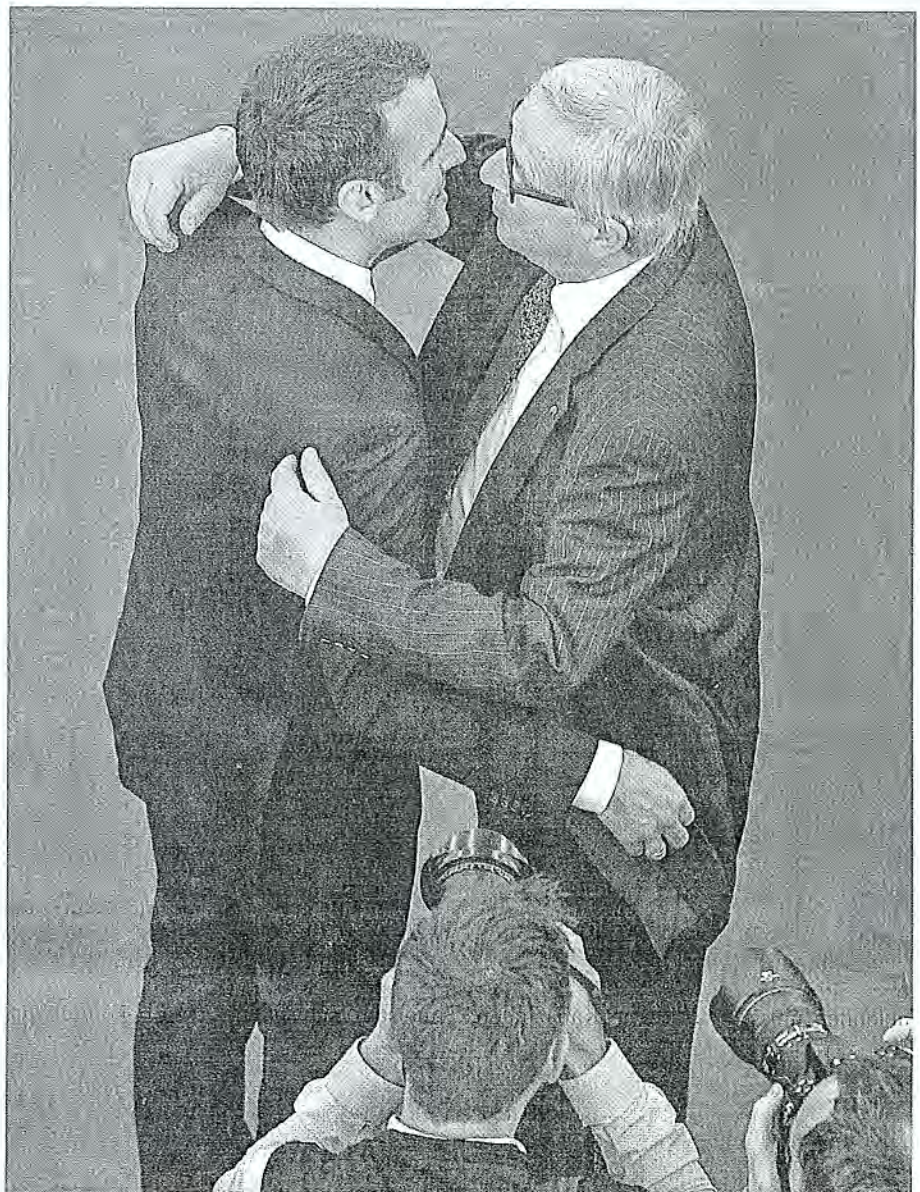
Als Macron zum zweiten Mal das Wort ergreift, zeigt er, anders als bei seinen eher ruhig vorgetragenen einleitenden Bemerkungen. Emotionen. Den Rechtsausla-

des Straßburger Hauses zweifeln, schmettert er entgegen: „Wenn Ihnen diese Versammlung nicht passt, dann hätten Sie nicht zu kommen brauchen.“ Dass ihn einige Abgeordnete wegen der jüngsten Luftschläge in Syrien in die Nähe von Kriegstreibern gerückt haben, will der Präsident erst recht nicht auf sich sitzen lassen. „Wir haben ihnen nicht den Krieg erklärt“, ruft er ins Plenum. Und mit erregter Stimme erinnert er daran, dass der UN-Sicherheitsrat schon 2013 ein militärisches Vorgehen gegen Chemiewaffeneinsätze in Syrien legitimiert habe. Man dürfe sich doch nicht einfach zurücklehnen und auf hehre Prinzipien verweisen, andererseits aber dem syrischen Präsidenten Baschar al Assad „bei der schmutzigen Arbeit zuschauen, die er verrichtet“. Das Ziel bleibe freilich eine „politische Lösung“ in Syrien.

Es ist einer der wenigen gefühlsgeladenen Momente eines Auftritts, bei dem Macron vor allem die an der Sorbonne vorgebrachten Forderungen bekräftigt. Es ist ein Aufruf an Parlamentarier und EU-Regierungen, die Herausforderungen für Europa endlich anzunehmen und bis zu den Europawahlen im Mai 2019 mit vorzeigba-

ren Ergebnissen aufzuwarten. Macron plädiert dafür, das „einmalige demokratische Modell in der Welt“, welches die heutige EU mit ihren über Jahrzehnte fortentwickelten Grundwerten von Vielfalt, dem Schutz von Bürgerrechten und dem Bekenntnis zum Multilateralismus darstelle, zu schützen und zu nutzen. Es gebe zwar Kritik und Wut angesichts des derzeitigen Zustands der EU. Aber es bedürfe keiner Demagogie, sondern eines erneuerten Projekts. „Wir können es heute nicht wie gestern halten und Brüssel sowie Straßburg aller Übel bezichtigen“, erläutert Macron.

Abermals listet er aus seiner Sicht vorrangige Vorhaben auf. An erster Stelle nennt er die äußere und innere Solidarität in der Migrationspolitik durch eine bessere Sicherung der EU-Außengrenzen, aber auch bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Insbesondere wirbt Macron dafür, Kommunen und größeren Gebietskörperschaften, die sich aufgeschlossen für die Aufnahme von Flüchtlingen zeigen, finanziell unter die Arme zu greifen. Seine Vorstellungen zur Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion bekräftigt der Präsident, ohne sie jedoch im De-



tail au
nächst
in Deu
Mac
vor ei
rungs
zu bed
maß
Deutsc
den wi
blick d
den A
heitsp
schen
ein An
rinität
lerding
Mehrhr
Entsch
Für Zü
sich ab
länder
lende
-gen, v
on der
Macron
schaft,
andere
Hausha
2021 b
zierung
meque.
Abgabe
lendiox
te -, d
wenig
In St
hingeg
Fraktio
gibt fre
nisch
franzö
mals n
grenzü
ropawa
Fraktio
cron a
erstmal
zenkan
onsprä
ckene s
Bullma
Haltung
schrifte
bessere
und Be
SPD-Pe
auf die
zeichne
kel (CI
in die F
Politike
Mini-Sc
form d
nicht er
Rhet
der lib
Das de
in groß
in der I
Bewälti
wappne
Immerh
Verhofs
beschei
geltend

Macron lässt sich nichts gefallen

des Straßburger Hauses zweifeln, schmettert er entgegen: „Wenn Ihnen diese Versammlung nicht passt, dann hätten Sie nicht zu kommen brauchen.“ Dass ihn einige Abgeordnete wegen der jüngsten Luftschläge in Syrien in die Nähe von Kriegstreibern gerückt haben, will der Präsident erst recht nicht auf sich sitzen lassen. „Wir haben ihnen nicht den Krieg erklärt“, ruft er ins Plenum. Und mit erregter Stimme erinnert er daran, dass der UN-Sicherheitsrat schon 2013 ein militärisches Vorgehen gegen Chemiewaffeneinsätze in Syrien legitimiert habe. Man dürfe sich doch nicht einfach zurücklehnen und auf hehre Prinzipien verweisen, andererseits aber dem syrischen Präsidenten Baschar al Assad „bei der schmutzigen Arbeit zuschauen, die er verrichtet“. Das Ziel bleibe freilich eine „politische Lösung“ in Syrien.

Es ist einer der wenigen gefühlsgeladenen Momente eines Auftritts, bei dem Macron vor allem die an der Sorbonne vorgebrachten Forderungen bekräftigt. Es ist ein Aufruf an Parlamentarier und EU-Regierungen, die Herausforderungen für Europa endlich anzunehmen und bis zu den Europawahlen im Mai 2019 mit vorzeigba-

ren Ergebnissen aufzuwarten. Macron plädiert dafür, das „einmalige demokratische Modell in der Welt“, welches die heutige EU mit ihren über Jahrzehnte fortentwickelten Grundwerten von Vielfalt, dem Schutz von Bürgerrechten und dem Bekenntnis zum Multilateralismus darstelle, zu schützen und zu nutzen. Es gebe zwar Kritik und Wut angesichts des derzeitigen Zustands der EU. Aber es bedürfe keiner Demagogie, sondern eines erneuerten Projekts. „Wir können es heute nicht wie gestern halten und Brüssel sowie Straßburg aller Übel bezichtigen“, erläutert Macron.

Abermals listet er aus seiner Sicht vorrangige Vorhaben auf. An erster Stelle nennt er die äußere und innere Solidarität in der Migrationspolitik durch eine bessere Sicherung der EU-Außengrenzen, aber auch bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Insbesondere wirbt Macron dafür, Kommunen und größeren Gebietskörperschaften, die sich aufgeschlossen für die Aufnahme von Flüchtlingen zeigen, finanziell unter die Arme zu greifen. Seine Vorstellungen zur Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion bekräftigt der Präsident, ohne sie jedoch im De-

tail auszuführen. Offenbar will er zu nächst abwarten, wie sich die Diskussion in Deutschland weiterentwickelt.

Macron versucht auch, Befürchtungen vor einem deutsch-französischen Führungsduo zu dämpfen. Er gibt aber auch zu bedenken: „Gibt es nicht ein Mindestmaß an Übereinstimmung zwischen Deutschland und Frankreich, dann werden wir viel Zeit vergeuden.“ Als Lichtblick der Europa-Politik wertet Macron den Aufbau einer europäischen Sicherheitspolitik mit einem eigenen Europäischen Verteidigungsfonds. „Europa hat ein Angesicht der Einheit und der Souveränität gezeigt“, sagt Macron. Er wirbt allerdings auch für eine Ausweitung des Mehrheitsprinzips bei außenpolitischen Entscheidungen der EU-Regierung. Für Zündstoff dürfte auch die – auf sich abzeichnende Aufnahme von Balkanländern wie Montenegro und Serbien zielende – Forderung des Präsidenten stehen, vor einer Erweiterung die Integration der EU zu vertiefen. Und auch die von Macron in Straßburg bekräftigte Bereitschaft, gemeinsam mit Deutschland und anderen Partnern mehr Geld für den EU-Haushalt bereitzustellen und in der von 2021 bis 2027 laufenden nächsten Finanzierungsperiode auch neue EU-Einnahmequellen zu erschließen – zum Beispiel Abgaben von Handelspartnern auf Kohlendioxid oder Steuern auf digitale Dienstleistungen –, dürfte in einigen Hauptstädten wenig Gegenliebe stoßen.

In Straßburg ist Macron am Mittwoch hingegen bei den Sprechern der meisten Fraktionen viel Zustimmung gewiss. Es gibt freilich auch einige weniger harmlos anmutende Zwischentöne. Der französische Präsidenten, der sich abends mit viel Verve für die Einführung grenzüberschreitender Listen bei den Europawahlen ausspricht, hält der EVP-Fraktionsvorsitzende Weber das von Macron argwöhnisch beäugte Konzept erstmals 2014 erprobten Modells von Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten entgegen. Der frischgebackene sozialdemokratische Fraktionschef Bullmann wiederum kritisiert Macrons Haltung zu einigen geplanten EU-Vorschlägen, darunter Bestimmungen zum besseren Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben. Vor allem warnt der SPD-Politiker Macron unter Anspielung auf die als „Madame Non in Berlin“ bezeichnete Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) davor, zu hohe Erwartungen in die Konzessionsbereitschaft deutscher Politiker zu setzen. Die „vielen kleinen Mini-Schäubles“ würden ihm bei der Form der Währungsunion das Geschick nicht erleichtern, sagt Bullmann.

Rhetorisch in das gleiche Horn sticht der liberale Fraktionschef Verhofstadt. Das deutsch-französische Paar sei „nicht in großer Form“ – und das in einer Lage in der Europa nach wie vor nicht für Bewältigung einer neuen Finanzkrise wappnet sei, sagt der belgische Politiker. Immerhin ein weiteres Lächeln konnte Verhofstadt Macron entlocken, als er ihn bescheinigte, sich von einer lange in Paris geltenden Richtschnur verabschiedet haben, die da gelautet habe: „Es lebe Europa – solange es französisch ist.“



Er kann es nicht lassen: Juncker herzt Macron im Europaparlament.

Foto EPA

Der Volkspädagoge von Epinal

Emmanuel Macron will mit den Bürgern über Europa sprechen – und dabei vor allem die Skeptiker erreichen. Bei der ersten Debatte sind die Fragesteller aber ziemlich artig.

Von Michaela Wiegel

EPINAL, 18. April

Europa ist auch eine Frage des Apéritifs. „Früher kostete der Picon (eine französische Apéritifspezialität) nur fünf Francs an der Theke und jetzt ist er drei Mal so teuer“, beschwert sich ein rüstiger Herr in der Mehrzweckhalle von Epinal. Der Euro sei Schuld, dass sein Lieblingsgetränk jetzt viel mehr koste. „Was bringt mir Europa eigentlich?“ Die Klage richtete sich an Präsident Emmanuel Macron, der sich vorgenommen hat, mit den Europagegnern und -skeptikern zu diskutieren. Das zumindest ist der Ehrgeiz, den Macron mit den „Consultations citoyennes“ verbindet, den Bürgerdebatten über Europa. Die Auftaktveranstaltung bestritt er am Dienstagabend. „Wir wollen keine Europa-Diskussionen unter Eingeweihten und Überzeugten“, lautete die Vorgabe aus dem Elysée-Palast. „Ich wünsche mir eine kenntnisreiche Debatte mit denen, Franzosen, um falschen Ideen entgegenzuwirken“, bekundete Macron in der Halle. Ihn trägt die Überzeugung, dass überall in Europa die Populisten erstarkt sind, weil ihnen die Meinungsvorherrschaft überlassen wurde. Schon im Wahlkampf hatte er damit geworben, Kritik an europäischen Missständen offen auszusprechen und andere Lösungen als die Populisten anzubieten. Macron äußerte seine Freude, dass sich nach anfänglichen Bedenken alle anderen EU-Partnerstaaten seiner Initiative angeschlossen hätten. In Deutschland sollen die „Bürgerdebatten“ im Mai beginnen.

Epinal in den Vogesen hat der Präsident mit Bedacht für den französischen Auftakt ausgewählt. Die Ortschaft wird in Frankreich mit dem Gaullisten Philippe Séguin assoziiert, der hier als Bürgermeister und Abgeordneter wirkte. Séguins politische Sternstunde war die Europadebatte mit dem damaligen Präsidenten François Mitterrand in der Sorbonne-Universität 1992. Damals stritt Frankreich darüber, ob es dem Vertrag von Maastricht und der Euro-Einführung zustimmen sollte. Macron sagte jetzt, die Qualität der Debatte habe ihn tief beeindruckt. „Es war eine ehrliche, tiefgründige Diskussion“, sagte der Präsident, der damals 14 Jahre alt war. Er hoffe, dass die Bürgerdebatten an diese Tradition anknüpfen. Als abschreckendes Beispiel zitierte er die Diskussion über den europäischen Verfassungsvertrag im Jahr 2005, die den Organisatoren



„Hat jemand Zweifel an der EU?“ Macron am Dienstagabend in Epinal

Foto AFP

Epinal bleibt eine Wählerbastion der bürgerlichen Rechten. Der Front National kam bei den Parlamentswahlen im vergangenen Juni auf knapp neun Prozent. Für den Wahlkreis in Epinal sitzt ein Abgeordneter von Les Républicains (LR) in der Nationalversammlung, die Kandidatin von La République en marche (LREM) unterlag in der Stichwahl.

Die Atmosphäre in dem Saal erinnerte an den Präsidentenwahlkampf. Statt „Macron Président“ stand auf Leinwänden und Bildschirmen neben einem zum Ausruferzeichen verwandelten Stern die Frage: „Welches Europa ist Ihres?“ Die jüngeren Debattenteilnehmer wurden in die ersten Ränge gebeten, schon als Wahlkämpfer mochte es Macron, von jungen Gesichtern umgeben zu sein. Die Sitzreihen waren wie in einer Agora angeordnet. In der Mitte stand Macron am Stehpult – ein einsamer Showmaster, der mit einem Fingerzeig das Mikrofon an die Diskussionsteilnehmer vergab. Der Präsident verzichtete auf eine längere Ansprache und plädierte nur kurz für ein „demokratisches, geeintes und souveränes Europa“, in dem „die Demokratie den Bürgern gehört“. „Was meinen Sie eigentlich mit europäischer Souveränität“, fragte ihn gleich der erste Fragesteller. „Wenn Sie jemanden fragen, aus welchem Land sie kommen, wird ihnen ja keiner antworten: Ich bin Europäer“, sagte der Mann. Wie ein Volkspädagoge erläuterte Macron dem Publikum den Unterschied zwischen Nationalität und Souveränität. Unter europäischer Souveränität verstehe er die Notwendigkeit, bestimmte Fragen auf europäischer Ebene zu regeln, weil die nationale Souveränität nicht länger der geeignete Rahmen sei. Als Beispiel nannte Macron einflussreiche Unternehmen wie Google, Amazon, Facebook und Apple, die nationale Gesetzgebungen gegeneinander ausspielten. Als einiges Europa hingegen sei man mächtig genug, den

Finanzregeln, ein Student zum Erasmus-Programm, eine Frau zum europäischen Raumfahrtprogramm; eine andere zur Gleichberechtigung von Mann und Frau in Europa. Aber es handelte sich um artige Fragen, die Macron ohne Notizen und mit großer Sachkenntnis beantwortete. Erst ein Offizier im Ruhestand brachte ihn aus der Reserve, als er ihm vorhielt, den Militärschlag gegen Chemiewaffenkapazitäten in Syrien als „legitimen Schritt“ bezeichnet zu haben. „Es gab kein Mandat der Vereinten Nationen, Syrien anzugreifen“, so der Fragesteller. Wie solle eine einheitliche europäische Außen- und Sicherheitspolitik entstehen, wenn Militäreinsätze ohne UN-Mandat beschlossen würden? Auch eine andere Fragestellerin wollte wissen, ob es eine europäische Außen- und Verteidigungspolitik geben könne.

Macron gestand ein, dass noch Hindernisse überwunden werden müssten. „Unsere geschichtliche Erfahrung unterscheidet sich“, betonte er. Österreich beispielsweise lege Wert auf Neutralität, während Deutschland aufgrund seiner Geschichte nicht in offensive Kampfgriffe verwickelt werden wolle. Auch die militärischen Einsatzregeln seien sehr unterschiedlich. „Unsere Einsatzbereitschaft ist in Europa einzigartig“, hob Macron hervor. In Frankreich kann der Staatschef einen Auslandseinsatz der Armee anordnen, ohne zuvor die Nationalversammlung zu konsultieren. In den meisten anderen Ländern gebe es parlamentarische Abstimmungsprozesse vor einem Einsatz der Armee.

Ein zehn Jahre alter Junge wollte vom Präsidenten wissen, wann es einen europäischen Personalausweis geben werde. Macron nutzte die Antwort, um seine Gewissheit zu bekunden, dass der Begriff der Nation nicht überholt sei. Aber ein europäisches Ausweisdokument wäre eine gute Sache, um bei den notwendigen verstärkten Personalkontrollen zwischen Eu-

EPINAL, 18. April

Europa ist auch eine Frage des Apéritifs. „Früher kostete der Picon (eine französische Apéritifspezialität) nur fünf Francs an der Theke und jetzt ist er drei Mal so teuer“, beschwert sich ein rüstiger Herr in der Mehrzweckhalle von Épinal. Der Euro sei Schuld, dass sein Lieblingsgetränk jetzt viel mehr koste. „Was bringt mir Europa eigentlich?“ Die Klage richtete sich an Präsident Emmanuel Macron, der sich vorgenommen hat, mit den Europagegnern und -skeptikern zu diskutieren. Das zumindest ist der Ehrgeiz, den Macron mit den „Consultations citoyennes“ verbindet, den Bürgerdebatten über Europa. Die Auftaktveranstaltung bestritt er am Dienstagabend. „Wir wollen keine Europa-Diskussionen unter Eingeweihten und Überzeugten“, lautete die Vorgabe aus dem Elysée-Palast. „Ich wünsche mir eine kenntnisreiche Debatte mit den Franzosen, um falschen Ideen entgegenzuwirken“, bekundete Macron in der Halle. Ihn trägt die Überzeugung, dass überall in Europa die Populisten erstarkt sind, weil ihnen die Meinungsvorherrschaft überlassen wurde. Schon im Wahlkampf hatte er damit geworben, Kritik an europäischen Missständen offen auszusprechen und andere Lösungen als die Populisten anzubieten. Macron äußerte seine Freude, dass sich nach anfänglichen Bedenken alle anderen EU-Partnerstaaten seiner Initiative angeschlossen hätten. In Deutschland sollen die „Bürgerdebatten“ im Mai beginnen.

Épinal in den Vogesen hat der Präsident mit Bedacht für den französischen Auftakt ausgewählt. Die Ortschaft wird in Frankreich mit dem Gaullisten Philippe Séguin assoziiert, der hier als Bürgermeister und Abgeordneter wirkte. Séguins politische Sternstunde war die Europadebatte mit dem damaligen Präsidenten François Mitterrand in der Sorbonne-Universität 1992. Damals stritt Frankreich darüber, ob es dem Vertrag von Maastricht und der Euro-Einführung zustimmen sollte. Macron sagte jetzt, die Qualität der Debatte habe ihn tief beeindruckt. „Es war eine ehrliche, tiefgründige Diskussion“, sagte der Präsident, der damals 14 Jahre alt war. Er hoffe, dass die Bürgerdebatten an diese Tradition anknüpfen. Als abschreckendes Beispiel zitierte er die Diskussion über den europäischen Verfassungsvertrag im Jahr 2005, die den Organisatoren entglitten sei. Das Ergebnis war das „Non“ einer Mehrheit der Franzosen beim Referendum. Auch wenn er die Ideen Séguins, der die gemeinsame Währung ablehnte, nicht teile, sei er ihm für seinen europäischen Diskussionsbeitrag bis heute dankbar. Die hauptsächlich von der Forstwirtschaft und Papierindustrie geprägte Stadt



„Hat jemand Zweifel an der EU?“ Macron am Dienstagabend in Épinal

Foto AFP

Épinal bleibt eine Wählerbastion der bürgerlichen Rechten. Der Front National kam bei den Parlamentswahlen im vergangenen Juni auf knapp neun Prozent. Für den Wahlkreis in Épinal sitzt ein Abgeordneter von Les Républicains (LR) in der Nationalversammlung, die Kandidatin von La République en marche (LREM) unterlag in der Stichwahl.

Die Atmosphäre in dem Saal erinnerte an den Präsidentenwahlkampf. Statt „Macron Président“ stand auf Leinwänden und Bildschirmen neben einem zum Ausruferzeichen verwandelten Stern die Frage: „Welches Europa ist Ihres?“ Die jüngeren Debattenteilnehmer wurden in die ersten Ränge gebeten, schon als Wahlkämpfer mochte es Macron, von jungen Gesichtern umgeben zu sein. Die Sitzreihen waren wie in einer Agora angeordnet. In der Mitte stand Macron am Stehpult – ein einsamer Showmaster, der mit einem Fingerzeig das Mikrofon an die Diskussionsteilnehmer vergab. Der Präsident verzichtete auf eine längere Ansprache und plädierte nur kurz für ein „demokratisches, geeintes und souveränes Europa“, in dem „die Demokratie den Bürgern gehört“. „Was meinen Sie eigentlich mit europäischer Souveränität“, fragte ihn gleich der erste Fragesteller. „Wenn Sie jemanden fragen, aus welchem Land sie kommen, wird ihnen ja keiner antworten: Ich bin Europäer“, sagte der Mann. Wie ein Volkspädagoge erläuterte Macron dem Publikum den Unterschied zwischen Nationalität und Souveränität. Unter europäischer Souveränität verstehe er die Notwendigkeit, bestimmte Fragen auf europäischer Ebene zu regeln, weil die nationale Souveränität nicht länger der geeignete Rahmen sei. Als Beispiel nannte Macron einflussreiche Unternehmen wie Google, Amazon, Facebook und Apple, die nationale Gesetzgebungen gegeneinander ausspielten. Als einiges Europa hingegen sei man mächtig genug, den Unternehmen die Regeln zu diktieren.

Unter den 350 Teilnehmern, die sich per Internet zu der Debatte eingeschrieben hatten, fanden sich indessen kaum hartnäckige Kritiker. „Hat jemand Kritik oder Zweifel an der EU?“ fragte Macron. Ein Unternehmer stellte dem Präsidenten Fragen zu den europäischen Steuer- und

Finanzregeln, ein Student zum Erasmus-Programm, eine Frau zum europäischen Raumfahrtprogramm, eine andere zur Gleichberechtigung von Mann und Frau in Europa. Aber es handelte sich um artige Fragen, die Macron ohne Notizen und mit großer Sachkenntnis beantwortete. Erst ein Offizier im Ruhestand brachte ihn aus der Reserve, als er ihm vorhielt, den Militärschlag gegen Chemiewaffenkapazitäten in Syrien als „legitimen Schritt“ bezeichnet zu haben. „Es gab kein Mandat der Vereinten Nationen, Syrien anzugreifen“, so der Fragesteller. Wie solle eine einheitliche europäische Außen- und Sicherheitspolitik entstehen, wenn Militäreinsätze ohne UN-Mandat beschlossen würden? Auch eine andere Fragestellerin wollte wissen, ob es eine europäische Außen- und Verteidigungspolitik geben könne.

Macron gestand ein, dass noch Hindernisse überwunden werden müssten. „Unsere geschichtliche Erfahrung unterscheidet sich“, betonte er. Österreich beispielsweise lege Wert auf Neutralität, während Deutschland aufgrund seiner Geschichte nicht in offensive Kampfangriffe verwickelt werden wolle. Auch die militärischen Einsatzregeln seien sehr unterschiedlich. „Unsere Einsatzbereitschaft ist in Europa einzigartig“, hob Macron hervor. In Frankreich kann der Staatschef einen Auslandseinsatz der Armee anordnen, ohne zuvor die Nationalversammlung zu konsultieren. In den meisten anderen Ländern gebe es parlamentarische Abstimmungsprozesse vor einem Einsatz der Armee.

Ein zehn Jahre alter Junge wollte vom Präsidenten wissen, wann es einen europäischen Personalausweis geben werde. Macron nutzte die Antwort, um seine Gewissheit zu bekunden, dass der Begriff der Nation nicht überholt sei. Aber ein europäisches Ausweisdokument wäre eine gute Sache, um bei den notwendigen verstärkten Personalkontrollen zwischen Europäern und dem Rest der Welt unterscheiden zu können. Auch für die Klage über den erhöhten Aperitif-Preis hatte er eine Antwort parat. „Beim nächsten Glas Picon denken Sie mal darüber nach, dass uns Europa seit 70 Jahren erlaubt hat, ohne Krieg zu leben. Das gab es noch nie“, sagte Macron.

Macron chahuté dans les Vosges

Lors de son passage à Saint-Dié, le chef de l'Etat a été interpellé par des citoyens en colère

SAINT-DIÉ-DES-VOSGES (VOSGES) -
envoyé spécial

Rien ne se passe jamais comme prévu, avait coutume de dire l'ancien président de la République François Hollande. Son successeur Emmanuel Macron l'a expérimenté à ses dépens, mercredi 18 avril dans les Vosges. Le déplacement était pourtant calibré au mieux sur le papier : avant de visiter une scierie et de se promener dans une forêt pour vanter la « filière bois » vosgienne, le président de la République devait se rendre à Saint-Dié-des-Vosges pour présenter le plan « Action cœur de ville » mis en place par le gouvernement pour redynamiser les centres-villes des communes en difficulté.

Saint-Dié-des-Vosges, 20 000 habitants, un taux de chômage supérieur à 12 %, un taux de pauvreté qui frôle les 26 %, un quart des commerces et des logements du centre vacants, et 24 % des voix pour Marine Le Pen arrivée en tête du premier tour de la présidentielle 2017... Une plongée in situ idéale pour Emmanuel Macron. L'occasion aussi pour lui, régulièrement accusé d'être « le président des grandes métropoles », de montrer qu'il n'oublie pas la France des sous-préfectures. Après son entretien au « 13 heures » de Jean-Pierre Pernaut le 12 avril, depuis un village de l'Orne, c'était la troisième fois depuis son élection que le chef de

rale, après un déplacement en Auvergne en janvier et un autre en Indre-et-Loire en mars.

Mais, mercredi matin, à peine sorti de l'hôtel de ville, le président est pris à parti par quelques dizaines de cheminots opposés à la réforme de la SNCF. Les applaudissements de ses partisans, masqués sous le soleil derrière des barrières, sont vite couverts par les huées. « Cheminots en colère, on ne va pas se laisser faire ! », hurlent les manifestants.

Fidèle à sa méthode, Emmanuel Macron décide d'affronter la contestation locale. « Je vais toujours au contact, les yeux dans les yeux, lance-t-il à un groupe de cheminots. On peut avoir des désaccords, mais on peut s'expliquer. Mais je n'accepte pas les sifflets dans mon dos. » La scène rappelle l'altercation entre le candidat Macron et les salariés de Whirlpool sur le parking de l'usine d'Amiens, entre les deux tours de l'élection présidentielle. Mais cette fois, l'échange ne tourne guère à l'avantage du chef de l'Etat.

La scène rappelle l'altercation entre Macron et les salariés de Whirlpool à Amiens, entre les deux tours de

« Vous parlez de la dette de la SNCF, mais les cheminots n'y sont pour rien ! Cette dette, c'est la vôtre, c'est celle de l'Etat, elle n'a rien à voir avec le statut des cheminots », l'interpelle un syndicaliste de la CGT. « Je n'ai jamais dit que votre statut était la cause de la dette, mais vous êtes plus protégés que les fonctionnaires, répond Emmanuel Macron. Si on veut faire avancer la SNCF, on a besoin de réformer. » Il promet que l'Etat « reprendra le maximum de la dette en fonction de l'accord qui sera signé » par les syndicats au terme des consultations du gouvernement. « On réinvestira sur les petites lignes, j'en prends l'engagement », ajoute-t-il, alors que l'inquiétude est grande dans le département sur l'avenir de la ligne entre Saint-Dié-des-Vosges et Epinal.

« Vous me virez les siffleurs ! »

Le président de la République doit ensuite « déambuler » dans les rues voisines de la mairie, mais le dispositif imaginé par l'Élysée tourne court. Emmanuel Macron ne peut pas faire un pas sans être conspué. Le tout devant les caméras de télévision des chaînes d'information en continu. Agacé, il s'en prend à un autre groupe de manifestants. « Ceux qui veulent le désordre et la violence, je n'ai rien à leur dire. Je vous demande d'accepter le changement, ne prenez pas tout le monde en otage », lâche-t-il alors que les cheminots ont entamé mercredi leur quatrième épisode

Le président est confronté à la coagulation des fronts catégoriels provoquée dans le pays par ses réformes

pression, mal choisie, provoque la colère des personnes présentes : « Ne dites pas ça, on ne prend personne en otage ! On n'est pas en Syrie, on n'est pas des terroristes ! », s'énervent des cheminots.

Le service d'ordre autour du chef de l'Etat peine à contenir les mécontents. En retrait, le chef de cabinet de l'Élysée s'adresse à un responsable : « Vous me virez le groupe de siffleurs, c'est un ordre du président. On ne veut plus les voir ! », lui dit-il. Les manifestants sont écartés du cortège présidentiel, repoussés par les CRS derrière des cordons de sécurité.

Mais les difficultés ne disparaissent pas pour autant pour le chef de l'Etat. Après les cheminots, Emmanuel Macron est interpellé par des retraités sur la hausse de la CSG, puis par des étudiants opposés à la réforme de l'accès à l'enseignement supérieur. Des riverains lui reprochent aussi la baisse de la vitesse à 80 km/h sur les routes secondaires, d'autres la situation dans les Ehpad, d'autres

Des Déodatens l'enjoignent bien à « tenir bon face aux râleurs », mais en l'espace de quelques mètres, le président est confronté in vivo à la coagulation des fronts catégoriels provoquée dans le pays par ses réformes.

Pour lui, ces contestations ne sont pas nouvelles et préexistaient à son élection. « Je ne suis pas une machine à recevoir toutes les récriminations, s'écrit-il. (...) Il y a une colère dans le pays, sinon il n'y aurait pas eu ce choc en mai dernier qui a fait justement que j'ai été élu. » Pas question donc pour lui de reculer : « Si je cède sur les 80 km/h, si je cède aux cheminots qui ralentissent, puis sur Notre-Dame-des-Landes, alors demain c'est fini, on ne tient plus rien, on ne fait plus rien. »

Une fois le calme revenu, le chef de l'Etat termine sa visite par un détour dans quelques commerces. Devant les caméras, il court vers un groupe de riverains qui l'applaudissent. Il leur serre la main, enchaîne les selfies, espérant faire oublier avec ces images positives, celles plus agitées pour lui quelques minutes plus tôt. « On a pris en France une habitude qui est l'habitude de la plainte. On ne propose plus, mais on est contre, on regarde son petit bout de lopin et on dit "voilà, moi on m'a enlevé ça" », critique le président de la République avant de partir et d'ajouter : « Je ne vais pas différer les réformes pour que je puisse me promener dans les rues tranquillement.

JUSTICE

**La sclérose de Ram-
« pas incompatible »
avec sa détention**

Une expertise judiciaire due mercredi 18 avril es que le traitement médi- Tariq Ramadan reçoit p sclérose en plaques « n' incompatible avec la dé- tion ». Par ailleurs, alors qu'une troisième plaign affirme avoir subi de multiples viols entre 2013 et 2015, elle a remis aux enquêteurs une robe tachée de sperme qui doit être analysée. -

SANTÉ

**Ehpad : la réforme
de la tarification
gelée pour deux ans**

Le ministère de la santé annoncé, mercredi 18 avril, la « neutralisation » pendant deux ans de la réforme de tarification des Ehpad, afin qu'aucun établissement ne soit perdant. Cette réforme qui vise à faire converger les financements des établissements, a contribué à l'organisation de deux jours de grèves inédites dans les Ehpad.

**Vincent Lambert : des
professionnels opposés
à l'arrêt des soins**

Dans une tribune publiée dans *Le Figaro* jeudi 19 avril, 70 professionnels de santé noncent la procédure d'arrêt des soins de Vincent Lambert cet homme en état végétal depuis dix ans. Ils estiment qu'il s'agit d'une « euthanasie qui ne dit pas son nom ». Le tribunal de Châlons-en-Champagne devait examiner jeudi le pourvoi en référé-berté déposé par ses parents.

Macron warnt vor Rückfall in Nationalismus. FAZ/18.4.

„Die Antwort ist nicht die autoritäre Demokratie, sondern die Autorität der Demokratie“

hmk./now./elo. BRÜSSEL/BERLIN, 17. April. Der französische Präsident Emmanuel Macron hat die Partner der Europäischen Union eindringlich dazu aufgerufen, bis zu den Europawahlen im Mai 2019 eine Reihe konkreter Reformabsprachen zu treffen. „Wir müssen bis zum Ende der Legislaturperiode spürbare Ergebnisse einfahren“, sagte Macron am Dienstag im Europäischen Parlament. Der französische Präsident nannte als vorrangige Ziele insbesondere die geplante Stärkung der europäischen Währungsunion und EU-Hilfsgelder für die von der Flüchtlingskrise besonders in Mitleidenenschaft gezogenen Städte und Gemeinden. Mit Blick auf die kommenden Verhandlungen zur mittelfristigen Finanzplanung der EU für die Jahre 2021 bis 2027 bekräftigte er die Bereitschaft Frankreichs, mehr Gelder für den Brüsseler Haushalt zur Bewältigung der Herausforderungen zur Verfügung zu stellen, nicht zuletzt in der Migrations- und der Außen- und Sicherheitspolitik.

Bei seinem mit viel Beifall, aber auch von mancher Kritik begleiteten Auftritt im Europäischen Parlament in Straßburg forderte Macron eine rasche Vollendung der europäischen Bankenunion sowie Fortschritte auf dem Weg zu einem eigenen Haushalt für den Euroraum, der Stabilität und wirtschaftlichen Gleichlauf fördern werde. Seinen ebenfalls umstrittenen Vorstoß zu einem mit umfassenden Befugnissen ausgestatteten EU-Finanzminister erwähnte der Präsident nicht. Dafür sprach er sich dafür aus, Erlöse aus der Besteuerung digitaler Geschäfte direkt dem EU-Haushalt zu fließen zu lassen. Dies solle auch für Abgaben gelten, die bei der Einfuhr von Produkten in die EU erhoben werden und die sich aus dem Umfang des bei der Herstellung erforderlichen Kohlendioxidausstoßes errechnen lassen sollen.

Eindringlich rief der französische Präsident dazu auf, dem auch in Europa drohenden Rückfall in den Nationalismus die gemeinsamen Werte entgegenzusetzen, die in der Entwicklung der Gemeinschaft über Jahrzehnte bestimmend gewesen seien. Unter Anspielung auf die vielfach kritisierten Entwicklungen in den EU-Mitgliedstaaten Polen und Ungarn sagte Macron: „Die Antwort ist nicht die autoritäre Demokratie, sondern die Autorität der Demokratie.“ Er selbst wolle nicht der „Generation der Schlafwandler“ angehören, die Europas Vergangenheit vergessen habe oder sich weigere, die Errungenschaften der Demokratie zu verteidigen.



Kein Schlafwandler: Emmanuel Macron am Dienstag in Straßburg

Foto AFP

Am Donnerstag wird Macron in Berlin mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zusammentreffen. Zur Diskussion um die Vertiefung der Währungsunion sagte sie: „Wir werden zum Juni mit Frankreich gemeinsame Lösungen finden.“ Sie beschränkte das nicht auf finanzpolitische Themen, sondern bezog etwa die Verteidigungs- und Forschungspolitik ein.

Die Unionsfraktion debattierte derweil über weitere Reformschritte und die Vorschläge Macrons. Der Vorsitzende

der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Alexander Dobrindt, hatte sich zuvor kritisch zu den Plänen Macrons geäußert und empfohlen, sich bis zum Juni-Gipfel auf die „wesentlichen Vorschläge“ zu konzentrieren, etwa die im Koalitionsvertrag vereinbarte Weiterentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus zu einem Währungsfonds. Dobrindt wandte sich gegen die Einführung eines EU-Finanzministers und einer EU-weiten Arbeitslosenversicherung. (Siehe Seite 2 und Wirtschaft, Seite 15.)

Der konservierte Zauber

FA

Merkel gesteht ein, dass Macron lange warten musste. Statt Paris zu antworten, will Berlin eigene Ideen für die EU-Reform einbringen. Im Juni wollen beide Ergebnisse vorlegen.

Von Majid Sattar

BERLIN, 19. April

Die deutsch-französische Freundschaft – jedenfalls deren öffentlicher Teil – beschränkte sich in den vergangenen Jahren allzu häufig auf Bildtermine. Immerhin scheint seit dem Ende der verregneten Präsidentschaft François Hollandes wieder die Sonne. Als Emmanuel Macron an diesem Donnerstagmittag leicht verspätet aus seinem Wagen steigt, deutet er auf den strahlenden Berliner Himmel.

Die Bundeskanzlerin hatte sich für den Besuch des französischen Präsidenten etwas Besonderes überlegt. Bevor man nämlich zur eigentlichen Arbeitssitzung ins Kanzleramt fuhr, empfing sie ihren Gast vor dem Berliner Schloss, in dem gerade das Humboldt-Forum entsteht. Wilhelm und Alexander Humboldt seien ohne Paris gar nicht zu denken, sagte Merkel später. Und auch: dass es sich um ein Projekt handle, mit dem man darstellen wolle, dass man „Teil einer großen, globalen Welt“ sei. Schloss und Forum sind noch im Bau, große Teile der Fassade mit Gerüsten verkleidet, und auf der Führung, welche man Präsident und Kanzlerin bot, waren Bodenbretter und unverputzte Räume zu sehen, in denen man sich die künftige Ausstellung vorstellen musste – all das schien eine geeignete Metapher für die Neugründung Europas zu sein. Freilich eine ambivalente: Schließlich geht es um eine Berliner Baustelle. Da diese nicht immer gut beleumundet sind, hob Kulturstatsministerin Monika Grütters hervor, man befände sich hier im Kosten- und Zeitplan. Das zumindest ist mehr, als sich wiederum über die europäische Baustelle sagen lässt.

Merkel verwies denn auch – leicht entschuldigend – darauf, dass sie vor einem Jahr, beim ersten Besuch Macrons, als sie Hermann Hesses Anfangszauber zitierte,



Ein Moment des europäischen Abenteuers: Merkel und Macron am Donnerstag in Berlin

noch nicht ganz genau gewusst habe, „dass die Bildung einer Regierung so lange dauert“. Deshalb, führte sie lyrisch aus, „haben wir den Zauber ein bisschen konserviert und ein paar Monate weggelegt. Aber jetzt kommt er wieder.“ Macron wiederum begründete seinen Reformappell mit den stürmischer werdenden Zeiten: Europa stehe an einer Wegscheide. „Wir leben in einem Moment des europäischen Abenteuers, das wirklich einzigartig ist“, sagte er. Durch Kriege und Handelskonflikte werde die gemeinsame Souveränität Europas herausgefordert. „Auch innerhalb unserer Staaten entstehen Zweifel und entstehen stark nationalistische Visionen.“

In der Sache gewährten Präsident und Kanzlerin keine größeren Einblicke in die Debatten über die deutsch-französischen Differenzen in Fragen der EU-Reform. Man habe sich verabredet, bestätigten beide, bis zum EU-Gipfel Ende Juni zentrale Entscheidungen zu treffen. „Wir brauchen eine offene Debatte und am Schluss die Fähigkeit zum Kompromiss“, sagte Merkel. „Wir sind der gemeinsamen Meinung, dass die Eurozone noch nicht ausreichend krisenfest ist.“ Frankreich habe Vorschläge gemacht, Deutschland werde auch eigene

Ideen einbringen, kündigte sie an. „Wir bringen zum Teil andere Aspekte ein, aber ich glaube, dass die Summe unserer Vorschläge am Schluss zu einem guten Ergebnis kommt.“ Und Macron sekundierte: Es gehe derzeit nicht darum, „über das eine oder andere Instrument“ zu sprechen, „sondern dass wir sicher sind, welches Ziel wir erreichen wollen“. Weder einen EU-Finanzminister noch ein Eurozonen-Budget erwähnte er explizit. Wohl aber hob er die Notwendigkeit von Investitionen in die Eurozone hervor.

Merkel gestand zumindest vage ein, sie sei bereit, in einer „vielleicht nicht unmittelbaren, aber fernen Zukunft, ein gemeinsames Einlagensicherungssystem“ zu errichten. Sie schloss indes mit dem bekannten Aber: „Wir wollen, dass Haftung und Risiken durchaus zusammengehalten werden.“ Sie sei sehr optimistisch, dass man die Bankenunion vollenden könne. Hintergrund ist die Debatte, wie weit faule Kredite bei nationalen Banken abgebaut sein müssen, bevor eine europäische Solidarität für in Not geratene Finanzinstitute greifen soll.

Beide sprachen auch Reformschritte jenseits der Wirtschafts- und Währungs-

union
sche
Ben-
lich
ren,
cron
ihrer
kom-
und
polit
nung
teidi
irani
eine
gibt
sie
ten
steh
auch
cror
gar
sals
N
chel
vers
wan
te. 2
an 1
Zau

servierte Zauber

FAZ/20.4.18



Ein Moment des europäischen Abenteuers: Merkel und Macron am Donnerstag in Berlin

Foto EPA

noch nicht ganz genau gewusst habe, „dass die Bildung einer Regierung so lange dauert“. Deshalb, führte sie lyrisch aus, „haben wir den Zauber ein bisschen konserviert und ein paar Monate weggelegt. Aber jetzt kommt er wieder.“ Macron wiederum begründete seinen Reformappell mit den stürmischer werdenden Zeiten: Europa stehe an einer Wegscheide. „Wir leben in einem Moment des europäischen Abenteuers, das wirklich einzigartig ist“, sagte er. Durch Kriege und Handelskonflikte werde die gemeinsame Souveränität Europas herausgefordert. „Auch innerhalb unserer Staaten entstehen Zweifel und entstehen stark nationalistische Visionen.“

In der Sache gewährten Präsident und Kanzlerin keine größeren Einblicke in die Debatten über die deutsch-französischen Differenzen in Fragen der EU-Reform. Man habe sich verabredet, bestätigten beide, bis zum EU-Gipfel Ende Juni zentrale Entscheidungen zu treffen. „Wir brauchen eine offene Debatte und am Schluss die Fähigkeit zum Kompromiss“, sagte Merkel. „Wir sind der gemeinsamen Meinung, dass die Eurozone noch nicht ausreichend krisenfest ist.“ Frankreich habe Vorschläge gemacht, Deutschland werde auch eigene

Ideen einbringen, kündigte sie an. „Wir bringen zum Teil andere Aspekte ein, aber ich glaube, dass die Summe unserer Vorschläge am Schluss zu einem guten Ergebnis kommt.“ Und Macron sekundierte: Es gehe derzeit nicht darum, „über das eine oder andere Instrument“ zu sprechen, „sondern dass wir sicher sind, welches Ziel wir erreichen wollen“. Weder einen EU-Finanzminister noch ein Eurozonen-Budget erwähnte er explizit. Wohl aber hob er die Notwendigkeit von Investitionen in die Eurozone hervor.

Merkel gestand zumindest vage ein, sie sei bereit, in einer „vielleicht nicht unmittelbaren, aber fernerer Zukunft, ein gemeinsames Einlagensicherungssystem“ zu errichten. Sie schloss indes mit dem bekannten Aber: „Wir wollen, dass Haftung und Risiken durchaus zusammengehalten werden.“ Sie sei sehr optimistisch, dass man die Bankenunion vollenden könne. Hintergrund ist die Debatte, wie weit faule Kredite bei nationalen Banken abgebaut sein müssen, bevor eine europäische Solidarität für in Not geratene Finanzinstitute greifen soll.

Beide sprachen auch Reformschritte jenseits der Wirtschafts- und Währungs-

union an, etwa mit Blick auf die europäische Asylpolitik und eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik. Schließlich ging es beiden auch um jene Gefahren, die Europa von außen drohen. Macron machte deutlich, dass beide sich vor ihren Besuchen in Washington in der kommenden Woche abstimmen wollten – und zwar sowohl in Fragen der Handelspolitik, in denen es die multilaterale Ordnung der Welthandelsorganisation zu verteidigen gelte als auch mit Blick auf das iranische Atomabkommen. „Wir haben eine Zeit, in der es auch Differenzen gibt“, sagte Merkel, hob aber hervor, dass sie trotz aller Meinungsverschiedenheiten fest zum transatlantischen Bündnis stehe. Es sei ein „großer Schatz, den ich auch hegen und pflegen möchte“. Macron, der das Pathos nicht scheut, sprach gar von einer „transatlantischen Schicksalsgemeinschaft“.

Nach der kurzen Pressekonferenz lächelten beide kurz, drehten dann um und verschwanden hinter einer kleinen Stellwand, die das historische Schloss abbildete. Zurück ging es über Bretter und vorbei an unverputzten Wänden: konservierter Zauber in hellgrauem Sichtbeton.

L'Europe, ou le traité du vain combat

BERNARD BRUNETEAU

Combattre l'Europe
De Lénine à Marine Le Pen



COMBATTRE
L'EUROPE.
DE LÉNINE
À MARINE LE PEN
de Bernard
Bruneteau,
CNRS éditions,
304 pages, 25 €

Le livre

A l'heure où l'Union européenne, sous l'égide du commissaire Michel Barnier, entame son premier exercice réel de « déconstruction », en cherchant un accord pour parvenir au retrait du Royaume-Uni du « club européen », l'essai de Bernard Bruneteau tombe à pic. Ce professeur de sciences politiques à l'université de Rennes entreprend une vaste fresque historique et intellectuelle des opposants (hommes, idées, mouvements) à la construction européenne, qui court sur tout le XX^e siècle. Sous-titré *De Lénine à Marine Le Pen*, ce catalogue comprend par ailleurs un grand nombre d'Anglais.

Brexit, poussée des populismes européens à chaque élection ou presque, reflux communautaire, à la lecture de cet essai stimulant, une question surgit : sommes-nous à la veille d'une Europe de Weimar ? Certes, comparaison n'est pas raison, mais si la République allemande s'est effondrée de l'intérieur, ce qui a permis la prise de pouvoir par Adolf Hitler en 1933, c'est parce qu'elle était devenue « une République sans républicains ». Or, aujourd'hui, l'Union européenne pourrait bien être menacée de dislocation, faute d'Européens convaincus.

Ce que démontre en effet à l'envi Bernard Bruneteau, c'est que les militants d'une Europe unie se sont toujours présentés comme des porteurs de « d'une troisième voie ». Ils ne sont « ni à droite, ni à gauche, ni même au centre, mais plutôt en marge des familles idéologiques existantes », écrit-il. Ce faisant, ils n'ont pas cessé de subir les coups de boutoir des trois matrices idéologiques les plus puissantes du XX^e siècle : l'internationalisme, le nationalisme et le mondialisme (les partisans du marché).

TIGRE DE PAPIER

De fait, dans leur projet d'origine, les pères de la construction européenne – et Jean Monnet au premier chef – ont peut-être commis une faute : ils ont donné l'impression d'avancer masqués et de ne pas être suffisamment clairs et ambitieux dans leur orientation finale. « L'idée européenne est vide, elle n'a ni la transcendance des idéologies messianiques, ni l'immanence des patries charnelles. » Le jugement porté en son temps par Raymond Aron conserve encore aujourd'hui sa pertinence.

Dans ces conditions, il apparaît particulièrement méritoire de vouloir l'Europe, en ce début du XXI^e siècle, et de défendre des valeurs supranationales. Mais le front commun des refus ne semble pas si insurmontable que cela. Bernard Bruneteau s'emploie à le démontrer avec vigueur et méthode. En ce qui concerne la remise en cause actuelle de l'Union européenne, il se montre incisif pour débusquer l'émergence d'une légitimité eurosceptique et la relativiser.

De même, il récuse, après l'avoir instruit, le procès intellectuel de la gouvernance néolibérale faite à l'Europe d'aujourd'hui. L'« ordo-libéralisme » apparaît plus comme un tigre de papier. Bref, si l'europhobie qui s'inscrit dans le temps long semble actuellement gagner du terrain, son influence pourrait bien au gré des vents refluer. ■

ALAIN BEUVE-MÉRY

CH 18.4.



FINANCIAL TIMES

'Without fear and without favour'

WEDNESDAY 18 APRIL 2018

Macron's call for reform and plea for democracy

A stronger financial system can help safeguard liberal values

"I want to take the firm choice to defend democracy." A few years ago, Emmanuel Macron's words might have seemed strange. The ascendance of democracy and the related liberal values was unquestioned in Europe and elsewhere in the west. Today, this statement – which the French president offered before the European Parliament yesterday – is needed.

At the periphery of the bloc, principles constitutive of the European project are under strain. In Hungary, Viktor Orban is pressuring the judiciary, the free press and non-governmental organisations. In Poland, the ruling Law and Justice party is locked in conflict with the EU over a proposed denuding of Polish courts' independence. Elsewhere in Europe, similar strains are evident, if less pronounced. President Macron is right to take the threat seriously. Already, Poland and Hungary can protect each other from pressure in the European Council. If more countries drift away from liberalism the result would be even greater impunity for the anti-liberals.

Mr Macron also has another, more prosaic agenda to pursue: the reform of the eurozone's financial infrastructure. This agenda sounds less dramatic, but it is also of potentially existential importance to the EU. What is more, the fate of the two agendas is linked.

Only a few sentences of the speech were devoted to the latter agenda. One neatly captured the strengths and weaknesses of Mr Macron's approach: "We need a road map that gives a staged approach to banking union and a fiscal capacity that allows for convergence in the eurozone." Mr Macron is correct that the first and highest priority of European reform efforts should be banking union. Until the link between the stability of the national banks and the stability of the sovereign bonds is severed, a destabilising crisis is

possible. At the same time, Mr Macron is too optimistic about the extent of the "convergence" that is politically possible or even desirable. His ambition of establishing a significantly larger EU budget and finance minister (an area where he says "No ambition level must be too high") could make it harder for less contentious but more essential reforms to progress.

The most crucial feature of banking reform, a common deposit insurance scheme funded by all European banks, will be hard enough to push past the German coalition government led by Angela Merkel. It fears that German taxpayers will be put on the hook for failures of discipline at the banks of southern Europe. Yet there should be room for common ground. With a deposit scheme in place, national governments will be less inclined to intervene in bank failures, and market discipline would have a chance to assert itself.

There is also potential common ground on the conversion of the European Stability Mechanism to a European monetary fund with a broad mandate to manage sovereign bailout programmes. The idea has German backing, so long as it reinforces respect for EU budget rules. Mr Macron should be flexible about the structure if it opens the way for more centralised financial capacity in the euro area.

Europe's economy, while perhaps not as strong as it seemed a few months ago, is stable. But the next recession will come in time, putting pressure on the bloc's weakest economies and banks. If better infrastructure is not in place to handle the fallout, the political strains could well exacerbate the pressure of liberal values in Europe. In this way, the success of Mr Macron's two agendas is indivisible. His vision, combined with German pragmatism, could advance both.

Ethiopia's fragile chance

Windrush debacle sh

Sir, My NHS career began when I had a holiday job in my local hospital and there I first met people from the Caribbean (April 16). My nursing education was at King's College Hospital in London and I was honoured to be godmother to a baby born to a Jamaican mother. As my career took me into many of London's hospitals, I met, worked with and learned so much from my Caribbean nursing colleagues.

Later, working with Lord Asa Briggs' committee on nursing, I learnt that most of the Caribbean nurses were not working in elite teaching hospitals but

in our long-st and mentally could not rec all moved arc bus conducto Underground and cheerful. families who Commonwea such a big im

When we jc continue that they have sta Brixton was o Remain areas

Lincoln's banking strategy will not work in the EU

Sir, Alex J Pollock suggests (Letters, April 16) that the EU might consider a dual banking regulation structure as between itself and the member states. This has in fact already been done in the eurozone, though not in the wider EU. Under the Single Supervisory Mechanism introduced in 2014 the European Central Bank regulates and licenses all the larger banks in the relevant states, while national financial regulators continue to oversee the smaller ones.

President Abraham Lincoln's US initiative, which Mr Pollock mentions, remains of historical interest but is not too relevant to modern banking supervision issues and was not the model for the SSM. Lincoln was trying to gain for the federal government the seigniorage benefits of issuing paper money as interest-free borrowing, which until the 1860s had been a preserve of private sector banking. So new federally chartered "national banks" were allowed to continue this practice on condition of holding large quantities of sovereign debt, while the existing state chartered banks were prevented from doing so by prohibitive taxation of their banknotes.

Lincoln's banking model, in fact, became largely redundant for its original purpose almost as soon as it started, as the government's own Treasury dollar bills came to be accepted as currency. That redundancy became complete after the Federal Reserve system was established as a true central bank in 1913, and the national banks were prevented from issuing currency notes soon after that.

The US dual model nevertheless continues for chartering (ie, licensing) purposes, with national banks being chartered by the Comptroller of the Currency (a division of the US Treasury) and others by the individual states. The two types of banks also face different rules for reserve asset ratios (ie, liquidity regulation).

However, for the more important type of prudential regulation – that of minimum capital ratios – all US banks have since 1933 been regulated by various federal agencies, and not by the states.



'We were vict attack and no us any more'

can't, surely, b be amazed – i to discover the university, cor carried out the scrutinised or institution's et work of this na such scrutiny, wrong?

Michael Lane Colchester, Essex

Skillsets to roles after

Sir, Pilita Clark ("Why don't m at the top job?" answer could w up to it. After a tasks required managing the d challenges of th Examples such political issues, shareholders a and long-term

While some c through deputi out, the top job skillsets than th puts me in min who has been tl (aka deputy) fo many years. He for the job of pr acknowledged v problem he has

20.5.18

Macron is the heir to the spirit of 1968

(FT)

GLOBAL POLITICS

Philip Stephens



Trade unionists and students battling French president Emmanuel Macron have been invoking the spirit of 1968. Time, they say, for France to mobilise once more against its elites. The protesters have alighted on a neat analogy, one with emotional pull. They are also misreading history. The young people taking to the streets half a century ago were set on changing the future. Today's angry crowds want to hang on to the past.

As Richard Vinen writes in *The Long '68*, that summer marked the epicentre of an earthquake that reverberated across time and geography. The tremors had been felt in a growing rebellion against the suffocating authoritarianism of the postwar era. Women wanted rights; the young, rock-and-roll. The shocks would continue to reverberate through and beyond Richard Nixon's departure from the White House.

France, where millions of students and workers took to the barricades, provided the theatre for the revolution. Daniel Cohn-Bendit, or "Danny the Red" as he was known in the Anglo-

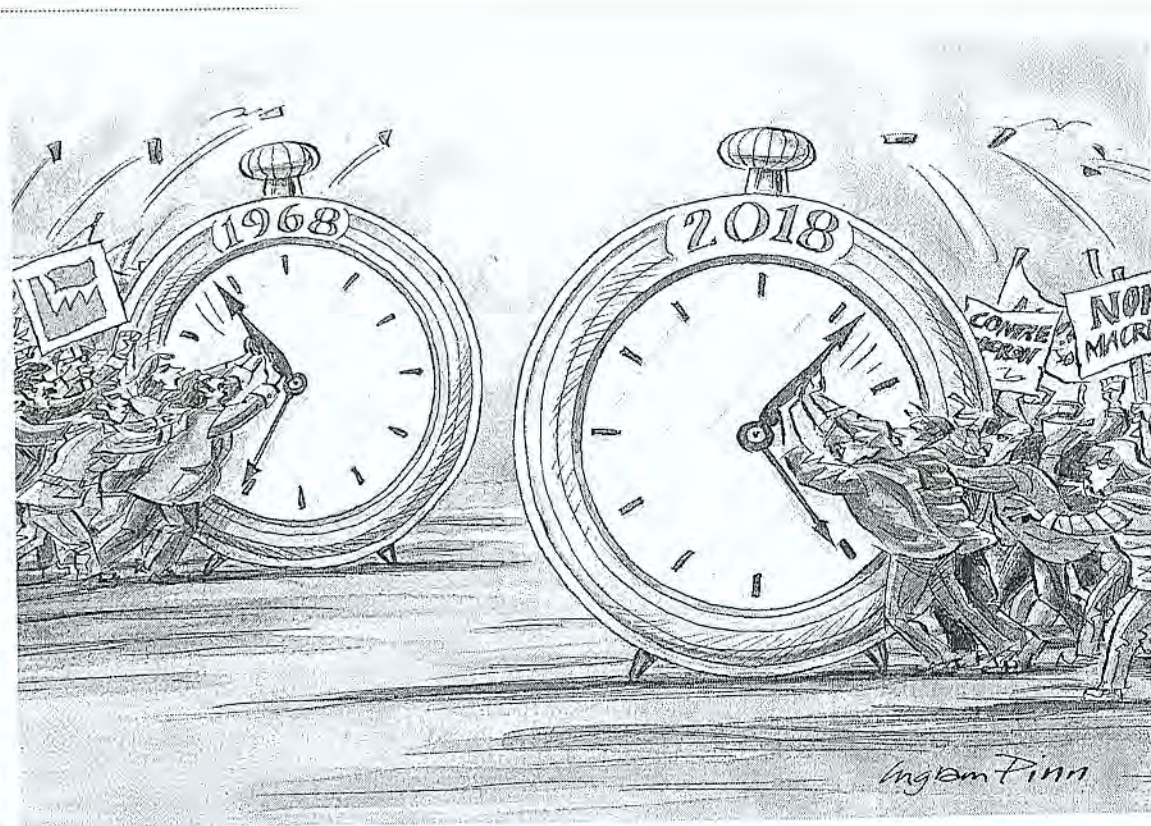
dency of Charles de Gaulle never recovered. French politicians have felt obliged since to measure each small reform against the mood of the street.

There was something inchoate about it all. In the US, the civil rights movement merged into mass opposition to the Vietnam war. In Germany, a protest that belonged initially to a rising generation that had had no part in the horrors of Nazism bled into the far-left terrorism of the Red Army Faction. The Red Brigades laid siege to the Italian establishment.

At times, equality for women or respect for gay people would become entangled in unthinking Maoism. Rebellion sometimes seemed purpose enough. The counterculture of the universities defied and celebrated the consumer age. Moscow, fearful of contagion, sent in the tanks to crush Alexander Dubcek's Prague spring.

Britain runs scared of revolutions. It took until 1972 for students in Oxford to occupy the university's Examination Schools. The left marched for nuclear disarmament and against troops in Northern Ireland. Students assailed the education secretary's withdrawal of free milk from schools. Margaret Thatcher never forgot the slight.

Some say all this energy was expended for nought. Within a decade, the protests had all but fizzled out. The demonstrators swapped their kaftans for business suits as they headed for Wall Street instead of Woodstock.



everything, came with Reaganomics, Thatcherism and the unfettered markets of the Washington consensus. And true enough, those who came of age during the late 1960s can now be heard to lament the habit of placid conformism among their children.

For all that, today's liberal democracies bear the indelible marks of both upheavals — the uprisings of *soixante-huit* as much as the march to economic liberalism during the 1980s. Mr Cohn-Bendit, who would become an eminently respectable member of the European Parliament for the Green party, led an uprising against authoritarianism.

As he told the French newspaper *Midi Libre*, the protesters won: "Everything has changed; it's another world, another society." He now backs Mr Macron.

Students and railway employees protesting in Paris are on the wrong

For all its cross-currents, 1968 upturned the old social and cultural norms. Tolerance, freedom, openness and respect for diversity all have roots in the protests.

The revolutionaries were excited — quite often naively so — about the promise of the future. This optimism is what now marks them out against the reactionaries challenging Mr Macron's proposed reforms.

Today's protesters are worried about tomorrow. Their answer is to try to hold on to yesterday. The trade unions — the railway workers above all — are defending ancient, and elitist, privileges. They are joined by students who say they want to protect an education system that has long been egalitarian only in name.

There is a lively argument among political scientists as to whether the surge in support for the populist policies of Donald Trump in the US, Marine Le Pen's National Front in France or Brexiters in the UK is a cultural or an economic phenomenon. The right answer

abiding evil is liberalism in all its guises. This makes Woodstock and Wall Street equal targets.

Ms Le Pen promises a return to social authoritarianism as well as the dismantling of liberal capitalism. Hardline Brexiters sometimes pretend otherwise, but they are essentially English nationalists who have never escaped their nostalgia for order and empire. Mr Trump's appeal likewise is cultural as much as economic. He has mobilised large sections of America's white working class against immigration as well as the supposed depredations of globalism.

All this puts today's Paris protesters on the wrong side of the barricades. Mr Macron has no memories of 1968. Yet it is the 40-year old president who understands the meaning of the year. Europe's choice, he told the European Parliament this week, lies between defending the liberal societies that have been the achievement of the past half-century or falling back into authoritarianism. Mr Cohn-Bendit has got it right.



Macron et les sommambules

13.4.18

Quand le moment est grave, en appeler à l'Histoire. Emmanuel Macron connaît cette ficelle de l'art oratoire politique et ne s'en est pas privé, mardi 17 avril, pour son premier discours devant le Parlement européen à Strasbourg. Le jeune président français ne veut pas, a-t-il dit, « appartenir à une génération de sommambules », « une génération qui aura oublié son propre passé ou qui refusera de voir les tourments de son propre présent ». Il veut « appartenir à une génération qui aura décidé fermement de défendre sa démocratie ».

La référence aux sommambules n'est évidemment pas innocente. *Les Sommambules, été 1914 : comment l'Europe a marché vers la guerre* (Flammarion), c'est le titre d'un livre de l'historien australien Christopher Clark, professeur à Cambridge, publié en 2013 à la veille du centenaire du début de la première guerre mondiale. Pour Clark, les causes de la Grande Guerre ne sont pas à rechercher seulement dans l'impérialisme paranoïaque germanique, mais aussi dans l'irresponsabilité des dirigeants des autres puissances européennes, qui, sans vouloir la guerre, s'y laissèrent entraîner, incapables de maîtriser l'instabilité d'une Europe déchirée par les tensions nationalistes.

Angela Merkel et son ministre des affaires étrangères de l'époque, Frank-Walter Steinmeier, ont dévoré cet ouvrage, qui a été un immense best-seller en Allemagne ; M. Steinmeier avait même invité l'auteur à débattre à Berlin. Cette version de l'histoire avait été moins appréciée à Paris. Et on peut imaginer sans peine que la référence aux sommambules, mardi à Strasbourg, ait aussi été une façon pour M. Macron, qui aime montrer qu'il n'est pas prisonnier de l'histoire des guerres européennes, de faire un signe à la chancelière allemande, qu'il doit retrouver jeudi à Berlin.

Car le moment est grave aussi pour Emmanuel Macron. Un an après son élection, le président, qui a promis de transformer radicalement la France et l'Europe, se heurte, en France comme en Europe, à des résistances qui menacent de bloquer tout le sens de son programme. En France, c'est la « coagulation des mécontentements », pour reprendre son expression qui oppose grèves et ani-

LA FASCINATION S'EST ÉVANOUIE DERRIÈRE LES DÉCONVENUES DES SCRUTINS EN ALLEMAGNE ET EN ITALIE

prévu lorsqu'il a lancé son grand plan européen. Il y a la résistance de l'Europe du Nord, orchestrée par le premier ministre des Pays-Bas, Mark Rutte, qui vise, elle aussi, à freiner l'ambition intégrationniste du président français. M. Macron, pense-t-on à l'Élysée, pourrait avoir ouvert une percée dans cette alliance du Nord en recevant, lundi à Paris, les trois présidents des États baltes, tous trois membres de la zone euro.

« L'illusion du nationalisme »

Il y a l'inconnue de l'Italie, qui se cherche un gouvernement depuis le coup de tonnerre du scrutin du 4 mars. Et puis il y a les escarmouches de toutes sortes dans une Union à 28 où une ambition française est forcément suspecte. Avec, en première ligne, l'inquiétante évolution des démocraties illibérales en Europe centrale, face auxquelles Emmanuel Macron refuse d'être un sommambule.

Alors, pour reprendre son élan face à ces multiples obstacles, le président français en appelle à la base, aux fondamentaux, à ce qu'il appelle plus prosaïquement le « bottom up » : la démocratie. Plutôt que d'énumérer ses multiples propositions qui ont donné le tournis aux frileux, il a choisi de rappeler mardi, devant les députés européens, la profondeur et le caractère unique du « miracle européen », pour conjurer ces divisions dans lesquelles il voit réapparaître « une forme de guerre civile ». Les mots sont forts, volontairement, pour provoquer un choc. On retrouve le spectre des sommambules lorsqu'il dénonce « l'illusion mortifère du pouvoir fort, du nationalisme, de l'abandon des libertés » : elle menace la « démocratie libérale », qu'Emmanuel Macron revendique sans rougir.

Pour autant, comme il admettait dimanche à Paris « entendre la colère » des cheminots français, il juge nécessaire d'entendre la

Clark, les causes de la Grande Guerre ne sont pas à rechercher seulement dans l'impérialisme paranoïaque germanique, mais aussi dans l'irresponsabilité des dirigeants des autres puissances européennes, qui, sans vouloir la guerre, s'y laissèrent entraîner, incapables de maîtriser l'instabilité d'une Europe déchirée par les tensions nationalistes.

Angela Merkel et son ministre des affaires étrangères de l'époque, Frank-Walter Steinmeier, ont dévoré cet ouvrage, qui a été un immense best-seller en Allemagne; M. Steinmeier avait même invité l'auteur à débattre à Berlin. Cette version de l'histoire avait été moins appréciée à Paris. Et on peut imaginer sans peine que la référence aux somnambules, mardi à Strasbourg, ait aussi été une façon pour M. Macron, qui aime montrer qu'il n'est pas prisonnier de l'histoire des guerres européennes, de faire un signe à la chancellerie allemande, qu'il doit retrouver jeudi à Berlin.

Car le moment est grave aussi pour Emmanuel Macron. Un an après son élection, le président, qui a promis de transformer radicalement la France et l'Europe, se heurte, en France comme en Europe, à des résistances qui menacent de bloquer tout le sens de son programme. En France, c'est la «*coagulation des mécontentements*», pour reprendre son expression, qui oppose grèves et agitation à ses réformes lancées tous azimuts. En Europe, la magie des discours d'Athènes et de la Sorbonne, en septembre, est oubliée, et la fascination pour un dirigeant français néophyte qui a osé faire campagne et gagner, en pleine vague populiste, sur un credo européen s'est évanouie derrière les déconvenues des scrutins en Autriche, en Allemagne et en Italie.

Sur ce front-là aussi, la résistance s'est organisée. Il y a la résistance allemande, avec une chancellerie qui doit, depuis les élections de septembre, tenir compte de son aile droite, fermement opposée aux propositions d'Emmanuel Macron sur la réforme de la zone euro. C'est l'obstacle le plus dur, celui, sans doute, qu'il n'avait pas

«L'illusion du nationalisme»

Il y a l'inconnue de l'Italie, qui se cherche un gouvernement depuis le coup de tonnerre du scrutin du 4 mars. Et puis il y a les escarmouches de toutes sortes dans une Union à 28 où une ambition française est forcément suspecte. Avec, en première ligne, l'inquiétante évolution des démocraties illibérales en Europe centrale, face auxquelles Emmanuel Macron refuse d'être un somnambule.

Alors, pour reprendre son élan face à ces multiples obstacles, le président français en appelle à la base, aux fondamentaux, à ce qu'il appelle plus prosaïquement le «*bottom up*»: la démocratie. Plutôt que d'énumérer ses multiples propositions qui ont donné le tournis aux frileux, il a choisi de rappeler mardi, devant les députés européens, la profondeur et le caractère unique du «*miracle européen*», pour conjurer ces divisions dans lesquelles il voit réapparaître «*une forme de guerre civile*». Les mots sont forts, volontairement, pour provoquer un choc. On retrouve le spectre des somnambules lorsqu'il dénonce «*l'illusion mortifère du pouvoir fort, du nationalisme, de l'abandon des libertés*»: elle menace la «*démocratie libérale*», qu'Emmanuel Macron revendique sans rougir.

Pour autant, comme il admettait dimanche à Paris «*entendre la colère*» des cheminots français, il juge nécessaire d'«*entendre la colère des peuples d'Europe d'aujourd'hui*». Emmanuel Macron n'aime rien tant que convaincre; cette colère, il voudrait donc qu'elle s'exprime clairement, pour pouvoir la contrer, la raisonner. Il a trouvé un cadre pour cela, les «*consultations citoyennes*», qui ont fait sourire ses partenaires européens au début; il a fini par les convaincre de les organiser aussi chez eux, tous, même si la Pologne et la Hongrie limiteront ces réunions à l'enceinte de leurs Parlements. Il espère faire de ces forums, d'ici à octobre, un lieu où l'on «*fait vivre le débat*», où viendront aussi ceux qui ne croient pas en l'Europe.

M. Macron aspire à «*un débat franc, ouvert, rugueux et difficile*»; la première de ces consultations qu'il a lancée lui-même, mardi soir à Epinal, dans les Vosges, n'avait rien de rugueux, au contraire. Face à 300 sympathisants polis, dans cette terre où le Front national est pourtant florissant, l'exercice n'a pas été trop difficile. Il recommencera – avec, de préférence, des plus récalcitrants. «*Ne subissez pas l'Europe*», a-t-il lancé en partant. Tout, plutôt que le somnambulisme. ■

kauffmann@lemonde.fr

**«L'ILLUSION
MORTIFÈRE DU
NATIONALISME»
MENACE LA
«DÉMOCRATIE
LIBÉRALE»,
PRÉVIENT MACRON**



Kommentar *Stephan Israel,*
EU-Korrespondent,
über Emmanuel Macron.

Der einsame Europäer

Emmanuel Macron hat recht. Die Europäer können ihr Lebensmodell nur gemeinsam bewahren. Der französische Präsident hat vor dem EU-Parlament nicht ohne Grund alarmistische Töne angeschlagen. Die EU und letztlich auch die Schweiz als Insel mittendrin sind strategisch gesprochen in einer ungemütlichen Lage. Der Kontinent als Oase der liberalen Demokratien ist in Gefahr. Nicht nur Russen und Chinesen haben ein Interesse, die EU-Staaten auseinanderzudividieren, die Europäer zu schwächen.

Auch auf die USA unter einem Donald Trump ist nur noch beschränkt Verlass. Selbst innerhalb der EU wächst die autoritäre Versuchung, wie die Entwicklung von Ungarn über Polen bis nach Tschechien zeigt. Sogar im Gründungsland Italien hat zuletzt eine Mehrheit für populistische Parteien gestimmt. Zum Lebensmodell der Europäer gehören Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat. Nicht zu vergessen ein Sozialstaat, der die auf anderen Kontinenten übliche Ungleichheit zumindest abfedert.

Damit dieses Modell bewahrt und den Anforderungen der Zeit angepasst werden kann, bräuchte es einen Ruck. Eine Besinnung darauf, wo die Gemeinsamkeiten sind. Macron will den Nationalstaat nicht abschaffen, sondern im Gegenteil mit einer übergeordneten europäischen Souveränität stärken. Denn nur gemeinsam sind die Europäer beim Handel, bei der Migration oder beim Datenschutz souverän.

Dafür steht Emmanuel Macron. Bisher wird der französische Präsident aber von seinen Regierungskolleginnen und -kollegen in anderen EU-Staaten im Stich gelassen. Die Nordeuropäer wollen nicht mehr zahlen, wenn in einem Jahr die Briten austreten. Die Osteuropäer wollen Geld, aber keine Asylbewerber, und sie wollen vor allem die Südeuropäer mit dem Migrationsproblem alleinlassen. Selbst aus Berlin hört man bisher mehr Vorbehalt als Unterstützung, wenn es etwa um die Reform der Eurozone geht. Dabei wäre diese dringend nötig, damit die nächste Krise nicht doch noch die Eurozone zerreißt. Es bräuchte mehr als einen Emmanuel Macron, um die Europäer vor sich selbst und dem wachsenden Autoritarismus zu retten.

«Unsere Trumpfkarte»

Baz 18.4.18

Macron sieht die EU und die europäische Demokratie als Zukunftsmodell

Strassburg. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat gestern im EU-Parlament in Strassburg die europäische Demokratie als «unsere Trumpfkarte» gelobt. Er mahnte die EU aber auch zu Reformen an. «Bis Ende der Legislaturperiode 2019 müssen wir spürbare Ergebnisse einfahren», sagte Macron. So soll bis zu den EU-Wahlen ein Fahrplan zur schrittweisen Reform der Wirtschafts- und Währungsunion stehen.

Als konkrete Punkte nannte er in seiner Rede die Vollendung der Bankenunion und eine «budgetäre Kapazität, welche die Stabilität und die Konvergenz in der Eurozone fördert». Auch müsse die «giftige Debatte» über den Umbau des Asylrechts und die Umverteilung von Flüchtlingen gelöst werden. So könnten Gemeinden, die Flüchtlinge aufnehmen, finanziell besser unterstützt werden, schlug er vor.

«Frankreich ist wieder unter uns»

Insgesamt habe sich Europa in den letzten Jahrzehnten bewährt und müsse deshalb gegen Angriffe und Populisten und autoritären Regimen verteidigt werden, sagte Macron. Er warnte vor einem «Rückzug auf nationale Egoismen». Vielmehr rief er zur Verteidigung der «europäischen Demokratie» gegen über autoritären Tendenzen auf. «Die europäische Demokratie ist angesichts der Wirren in der Welt unsere Trumpf-

karte.» Der grösste Fehler wäre es, dieses Modell preiszugeben. Denn «nicht nur Geld oder ein Vertrag» verbinde Europa, sondern «ein Zusammengehörigkeitsgefühl, eine Kultur», so Macron. Es müsse aber eine «neue europäische Souveränität aufgebaut werden, die den Bürgern klare, entschlossene Antworten bietet. Damit klar wird, dass wir sie schützen können gegenüber der Unordnung der Welt.»

Macron hatte bereits im Herbst an der Pariser Sorbonne-Universität in einem Grundsatzvortrag zahlreiche Reformen vorgeschlagen, mit denen er Europa stärker integrieren will. Kernpunkt war unter anderem eine engere Verzahnung der Euro-Länder, etwa durch ein gemeinsames Budget für die 19 Staaten. Seitdem gab es in der Praxis aber keine grossen Fortschritte. Zum einen musste er lange auf die deutsche Regierungsbildung warten, zum anderen stösst sein Reformeifer in einigen Ländern auf Widerstand.

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zeigte sich im EU-Parlament mit der Rede von Frankreichs Staatspräsident mehr als zufrieden. «Frankreich ist wieder unter uns», sagte er. Ausserdem sagte Juncker, er teile die Ziele Macrons, «vor allem für ein soziales Europa». Er wolle gemeinsam mit dem französischen Präsidenten dafür eintreten, die Spaltungen zwischen dem Osten und Westen zu

überbrücken «durch die Neuerfindung einer Gemeinsamkeit». Die EU dürfe nicht weiter gespalten werden, sondern solle als starke Einheit auftreten. Allerdings sei Europa nicht nur die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland. Alle Länder seien einzubeziehen, und «ich unterstütze auch Macron, wenn er sagt, dass er den Dialog mit den Bürgern intensivieren will».

«Weckruf an die Kleingeister»

Der Chef der Konservativen im EU-Parlament, Manfred Weber, sagte nach der Rede, jetzt sei in der Debatte um Reformen die Zeit für Kompromisse gekommen. Der konservative Abgeordnete Othmar Karas bezeichnete die Rede Macrons als «Weckruf an die Kleingeister, Bremser, Betonierer und Mutlosen» in den Regierungen der Mitgliedstaaten.

Der Franzose musste sich allerdings auch kritische Stimmen anhören. Sozialdemokrat Jens Geier sagte, Macron sei vage geblieben, ein Aufbruchsignal sehe anders aus. Der Grünen-Abgeordnete Sven Giegold bedauerte, dass der französische Präsident nicht so leidenschaftlich aufgetreten sei wie noch bei seiner Sorbonne-Rede. «Macron darf den Widerständen gegen seine Reformen innerhalb der EU nicht so einfach nachgeben», erklärte er. SDA

TA / 23.4.2018

Brief aus Europa Die EU muss reformiert werden. Aber die Politiker streiten sich lieber.

Von Alberto D'Argenio

Nur Macron hat den Mut

Im Jahr 2025 könnte sich die Europäische Union aus mindestens 31 Partnern zusammensetzen – falls sie dann überhaupt noch existiert. Serbien und Montenegro verhandeln bereits ihren Beitritt, und Albanien und Mazedonien könnten schon bald damit beginnen. Anschliessend könnten Kosovo und Bosnien an der Reihe sein.

Auch wenn einige Hauptstädte es vorziehen würden, diesen Prozess etwas zu verlangsamen, hat im Grunde niemand in Europa etwas dagegen einzuwenden. Die Erinnerungen an den blutigen Krieg in der Region nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens sind immer noch frisch, ebenso wie die Spannungen, die es dort nach wie vor gibt.

Dennoch warnte Emmanuel Macron letzte Woche: keine neuen Beitritte, solange Europa nicht einer Reform unterzogen wurde. Niemand könnte dem französischen Präsidenten vorwerfen, er sei ein Gegner Europas – genau wie niemand sich vorstellen kann, die Balkanländer ihren historischen Streitigkeiten zu überlassen, statt sie nach Europa zu holen.

Aber schon jetzt ist die EU mit ihren 28 (nach dem Brexit 27) Mitgliedsstaaten unregierbar. Nord- und Südeuropa streiten sich seit Jahren erfolglos über eine notwendige Reform des Euro. West- und Osteuropa können sich in Sachen Einwanderung nicht einigen oder auch nur irgendeine Idee entwickeln, die die europäische Integration wiederbeleben könnte. Im Grunde geht es bei diesem Kampf um die künftige Identität der EU: Wird sie den liberalen Demokratien verbunden bleiben oder sich den illiberalen Demokraturen beugen?

Die Europawahlen sind entscheidend

Die Entscheidungsschlacht in dieser epochalen Konfrontation wird bei den Europawahlen im Mai 2019 geschlagen werden. Und da sich die Parteien, die dem Sozialismus nahestehen, im freien Fall befinden, könnte danach im Europaparlament eine Mehrheit aus Europaskeptikern und Populisten sitzen, angeführt von der extremen Rechten. Um dieses Szenario zu verhindern, arbeitet Macron am Aufbau einer eigenen konti-

nentalen Partei, «Europe en marche». Er tut sich mit den Liberalen zusammen, übernimmt einiges von den konservativen Volksparteien und den Sozialisten, sucht die Allianz mit neuen Kräften wie den Ciudadanos aus Spanien. So will er als Zweitstärkster abschneiden, hinter den Volksparteien und vor den Euroskeptikern.

Macron ist der einzige Regierungschef, der die Union nach wie vor reformieren will, der offen davon spricht, Europa eine neue Souveränität und neues Ansehen in den Augen seiner Bürger zu verleihen. Er hat recht: Bevor sich die EU weiter ausdehnt, muss sie reformiert werden. Noch bevor eine Aufnahme der Balkanländer erwogen wird, muss diese Reform bis Anfang 2019 unterschriftsreif sein.

Das betonen alle – doch ausser Macron hat niemand den Mut, wirklich daran zu glauben. Stattdessen ziehen sie es vor, sich auf kurzfristige politische Spielchen zu beschränken. Die aktuelle Führungsschicht Europas muss jedoch endlich den vielen Worten auch Taten folgen lassen, sonst riskiert sie, dass die politischen Umwälzungen sie von der politischen Landkarte des Kontinents hinwegfegen. Und das würde ein Ende dieser EU bedeuten.

Aus dem Italienischen übersetzt von Bettina Schneider



LENA
LEADING EUROPEAN – NEWSPAPER ALLIANCE

«Bevor sich die EU ausdehnt, muss sie reformiert werden.»



Alberto D'Argenio

EU-Korrespondent der Zeitung
«La Repubblica» in Rom

Einen Mann wie Emmanuel Macron kann man nicht einfach abweisen, schon gar nicht, wenn er zu Besuch kommt. Einen Präsidenten, der sein Land entschlossen reformiert, Europas »Wiedergeburt« verspricht und auch in Deutschland viele Menschen fasziniert. Entsprechend freundlich wird Angela Merkel den Franzosen an diesem Donnerstag in Berlin empfangen. Sie wird sich alle Mühe geben, Eintracht zu demonstrieren, und doch wird es ihr schwerfallen, die Wahrheit über die deutsche Europapolitik zu verschleiern.

Diese Wahrheit findet man in einem Berliner Hinterzimmer. Und auf einer Hinterbank des Bundestags. Bei Alexander Dobrindt, dem Landesgruppenchef der CSU im Bundestag, und bei Martin Schulz. Doch dazu später.

Emmanuel Macron hat die europäische Bühne vor einem Jahr als eine Art Drachentöter betreten. Im französischen Wahlkampf hatte er Marine Le Pen besiegt und furchtlos für ein stärkeres, einigeres Europa gestritten. Macron hatte dem Nationalismus die Stirn geboten und, so schien es, ein Mittel gegen die destruktiven Kräfte gefunden. In Berlin bekam er damals viel Applaus, die allgemeine Erleichterung war groß.

Die EU war noch einmal davongekommen. Doch nun hat ein neuer Kampf begonnen.

Deutsche Politiker freuen sich, dass Macrons Überschwang gebremst wird

Nirgends wird das deutlicher als am vergangenen Dienstag in Straßburg. Als Macron dort das weite Halbrund des Europaparlaments betritt, brandet zunächst Applaus auf. Die meisten Abgeordneten haben seine Heldentat noch nicht vergessen. Als er dann spricht, halten sich die Parlamentarier aber auffällig zurück. Auch die, die noch vor Kurzem seine Nähe gesucht haben.

Mit Verve spricht Macron von seinen europäischen »Überzeugungen«, wortreich beschreibt er die vielen Gefahren, die Europa drohten. »Ich möchte nicht einer Generation von Schlafwandlern angehören«, fasst er zusammen. Eine Anspielung, die jeder versteht: 1914 war Europa schlafwandelnd in den Ersten Weltkrieg geschlittert.

Doch so sehr Macron sich bemüht, das europäische Feuer anzufachen, so verhalten sind die Reaktionen.

Der französische Präsident fordert einen Raum für europäische Debatten, mehr Demokratie. Der Fraktionschef der Europäischen Volkspartei, Manfred Weber, hält ihm entgegen: »Echte Demokratie heißt nicht nur, Menschen zuzuhören, sondern sie auch entscheiden zu lassen.« Eine gezielte Spitze, denn Macron hatte sich dagegen ausgesprochen, den

Die CSU, sagt Alexander Dobrindt, sei gegen einen europäischen Finanzminister, weil das ein Einstieg in eine europäische Steuerkompetenz sei. Sie will auch keine europäische Arbeitslosenversicherung, weil das dazu führe, dass deutsche Arbeitnehmer an der Arbeitslosigkeit in anderen Ländern beteiligt würden. Und sie will zusätzliches Geld in der EU nur dann ausgeben, wenn vorher an anderer Stelle gespart wird.

Sechs Monate lang hat Macron auf eine Antwort aus Deutschland warten müssen, nun schallt ihm ein lautes Nein entgegen. Europa neu begründen? Der will doch nur unser Geld – so sieht es nicht nur Alexander Dobrindt.

Wenige Stunden nachdem Macron in Straßburg den Parlamentssaal verlässt, betritt Angela Merkel in Berlin den Tagungsraum der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag. Es ist ein Krisentreffen. Die Abgeordneten haben am Wochenende eine dreiseitige Stellungnahme verfasst, die sich wie eine Kampfansage an die Pläne des französischen Präsidenten liest. Finanzhilfen an andere Staaten sollen nur »gegen strikte Auflagen« gewährt werden, der Bundestag müsse »der Ort bleiben, an dem eigenverantwortlich« über mögliche Zahlungen entschieden werde, und überhaupt: Welche Reformen der Währungsunion nötig seien, darüber werde man sich »nicht nur mit dem französischen Staatspräsidenten, sondern mit allen Mitgliedstaaten der Euro-Zone« verständigen. Die Unionsleute wissen: In den Niederlanden, in Finnland oder in Österreich ist man auch nicht gerade begeistert von Macrons finanzpolitischen Ideen.

Angela Merkel hat eine gewisse Routine im Umgang mit französischen Präsidenten. Macron ist der vierte, mit dem sie zusammenarbeitet. Und doch erlebt die Kanzlerin gerade etwas Neues.

Denn Macron ist der erste französische Präsident, der etwas vorweisen kann, wenn er nach Berlin kommt. Der 40-Jährige hat den quälenden Reformstau in seinem Land aufgelöst und die Voraussetzungen für neues Wachstum geschaffen. Er hat im Konflikt um die Neuordnung in Syrien die Initiative ergriffen, militärisch und diplomatisch. Hinzu kommt, nach dem Ausscheiden Großbritanniens wird Frankreich die einzige verbliebene Atommacht in der EU sein. Diese Macht zählt in einer Zeit, in der Europa außenpolitisch immer stärker gefordert wird.

Vor ihrer Fraktion bemüht sich die Kanzlerin deshalb zunächst darum, den Blick zu weiten. Merkel spricht von »tektonischen Verschiebungen« in einer Welt, in der die USA weniger präsent seien, während China vielleicht zu alter historischer Bedeutung zurückfinde. In dieser Welt, so Merkel, sei Eu-

E
wa
wir
Be

Emm
for
weni
eig
von
u. l

Nirgends wird das deutlicher als am vergangenen Dienstag in Straßburg. Als Macron dort das weite Halbrund des Europaparlaments betritt, brandet zunächst Applaus auf. Die meisten Abgeordneten haben seine Heldentat noch nicht vergessen. Als er dann spricht, halten sich die Parlamentarier aber auffällig zurück. Auch die, die noch vor Kurzem seine Nähe gesucht haben.

Mit Verve spricht Macron von seinen europäischen »Überzeugungen«, wortreich beschreibt er die vielen Gefahren, die Europa drohen. »Ich möchte nicht einer Generation von Schlafwandlern angehören«, fasst er zusammen. Eine Anspielung, die jeder versteht: 1914 war Europa schlafwandelnd in den Ersten Weltkrieg geschlittert.

Doch so sehr Macron sich bemüht, das europäische Feuer anzufachen, so verhalten sind die Reaktionen.

Der französische Präsident fordert einen Raum für europäische Debatten, mehr Demokratie. Der Fraktionschef der Europäischen Volkspartei, Manfred Weber, hält ihm entgegen: »Echte Demokratie heißt nicht nur, Menschen zuzuhören, sondern sie auch entscheiden zu lassen.« Eine gezielte Spitze, denn Macron hatte sich dagegen ausgesprochen, den nächsten Präsidenten der EU-Kommission durch Spitzenkandidaten bei der Europawahl zu bestimmen.

Macron fordert eine europäische Asylpolitik und beschwört die gemeinsamen Werte. Ein belgischer Abgeordneter der Grünen attackiert ihn scharf für das rigide Vorgehen der französischen Regierung gegen illegale Zuwanderer.

Nicht alle Einwände, die die Abgeordneten formulieren, wiegen gleich schwer. Aber ausgerechnet hier im Europaparlament trifft Macron, der europäische Erneuerer, auf eine sehr reservierte, disparate Öffentlichkeit. Und auf ganz unterschiedliche Interessen. »Macron ist in der Realität angekommen«, fasst der Deutsche Manfred Weber später den Auftritt des Präsidenten zusammen. Es klingt fast, als freue er sich darüber, dass der europäische Überschwang des Franzosen endlich gebremst wird.

Am selben Morgen, an dem Emmanuel Macron in Straßburg spricht, einige Hundert Kilometer weiter nördlich, in Berlin. In der bayerischen Landesvertretung erläutert Alexander Dobrindt, der Vorsitzende der CSU im Bundestag, unter den strengen Augen der stark idealisierten Büste von Franz Josef Strauß, wie die CSU die Welt sieht und was seine Partei von den vielen Ideen des französischen Präsidenten für die EU hält: »Ich habe keine Veranlassung, Herrn Macrons persönliche Glücksgefühle zu meinem politischen Programm zu machen.« Macron oder »Herr Macrooh«, wie Dobrindt sagt, vertrete eben französische nationale Interessen und er, Dobrindt, vertrete deutsche.

Sechs Monate sind vergangen, seit Macron erstmals seine Ideen für eine *refondation*, eine Neugründung Europas, skizziert hat. Die Vertiefung der Währungsunion war dabei ein Vorschlag unter vielen; auch in seiner Rede vor dem Europaparlament geht er nur mit wenigen Sätzen darauf ein. In Deutschland

den, in Finnland oder in Österreich ist man auch nicht gerade begeistert von Macrons finanzpolitischen Ideen.

Angela Merkel hat eine gewisse Routine im Umgang mit französischen Präsidenten. Macron ist der vierte, mit dem sie zusammenarbeitet. Und doch erlebt die Kanzlerin gerade etwas Neues.

Denn Macron ist der erste französische Präsident, der etwas vorweisen kann, wenn er nach Berlin kommt. Der 40-Jährige hat den quälenden Reformstau in seinem Land aufgelöst und die Voraussetzungen für neues Wachstum geschaffen. Er hat im Konflikt um die Neuordnung in Syrien die Initiative ergriffen, militärisch und diplomatisch. Hinzu kommt, nach dem Ausscheiden Großbritanniens wird Frankreich die einzige verbliebene Atommacht in der EU sein. Diese Macht zählt in einer Zeit, in der Europa außenpolitisch immer stärker gefordert wird.

Vor ihrer Fraktion bemüht sich die Kanzlerin deshalb zunächst darum, den Blick zu weiten. Merkel spricht von »tektonischen Verschiebungen« in einer Welt, in der die USA weniger präsent seien, während China vielleicht zu alter historischer Bedeutung zurückfinde. In dieser Welt, so Merkel, sei Europa »unsere Lebensversicherung«, die Zukunft der EU »in unserem tiefsten nationalen Interesse«. Deutschland könne sich angesichts dieser großen geostrategischen Verschiebungen nicht allein bewähren.

Merkel klingt fast wie Macron. Nur was aus ihren weltpolitischen Erörterungen folgt, ver-rät sie, wie üblich, nicht. Dafür stellt sie etwas anderes klar: Beim Thema Währung ist die Kanzlerin weitgehend auf einer Linie mit ihrer Fraktion. Also näher an Dobrindt als am französischen Präsidenten. Das bedeutet: Geld gibt es nur bei Gegenleistung und nicht an den Parlamenten der Mitgliedstaaten vorbei. Konkret: Wenn ein europäischer Währungsfonds eingerichtet wird, der Not leidenden Ländern Finanzhilfen gewährt, dann nur, wenn dieser Fonds unter der Kontrolle der Mitgliedstaaten bleibt und nicht etwa von der EU-Kommission gesteuert wird.

Was ein Schulz sich ausgedacht hat, bindet einen Scholz noch lange nicht

Merkel steht vor einer schwierigen Wahl. Die große Koalition hat im Bundestag nur eine Mehrheit von wenigen Sitzen. Sie kann sich Abweichler bei wichtigen Entscheidungen schlicht nicht leisten. Und in der Unionsfraktion fürchtet man die Attacken der AfD, die nur darauf wartet, aus dem Thema Euro, mit dem sie einst groß geworden war, politisches Kapital zu schlagen.

Anders gesagt: Merkel hat Macron unterstützt, weil er die französische Demokratie vor den Rechtspopulisten des Front National gerettet hat. Jetzt aber geht es aus ihrer Sicht darum, die deutsche Demokratie – und ihre eigene Regierungsmehrheit – zu bewahren.

Trotzdem ist unübersehbar, dass sich der europapolitische Ton in Berlin seit dem Antritt der neuen Regierung verändert hat. Als Martin Schulz noch SPD-Vorsitzender war und als Kandidat für das Amt des Finanz-

Der französische Präsident wirbt um
Unterstützung aus Deutschland

Er hat was vor, wir haben bedenken

Man muss nicht alles
richtig finden, was
Emmanuel Macron für die EU
fordert. Aber wie wäre es,
wenn aus Berlin mal ein paar
eigene Vorschläge kämen?

VON T. HILDEBRANDT, M. KRUPA,
U. LADURNER UND M. SCHIERITZ

eine »positive Antwort« auf dessen Vorschläge zur Vertiefung der Währungsunion versprochen.

Stolz hatten vor allem die Sozialdemokraten darauf verwiesen, dass das erste Kapitel des Koalitionsvertrags der Europapolitik gewidmet sei. Dort werden ein »Aufbruch für Europa« versprochen und mehr Geld für die Europäische Union. Nun ist Martin Schulz aber in die hinteren Reihen des Bundestags gerückt, so wie Europa auf die hinteren Ränge der schwarz-roten Prioritätenliste. Und aus dem Finanzministerium ist zu hören, was ein Schulz sich ausgedacht habe, binde Olaf Scholz noch lange nicht.

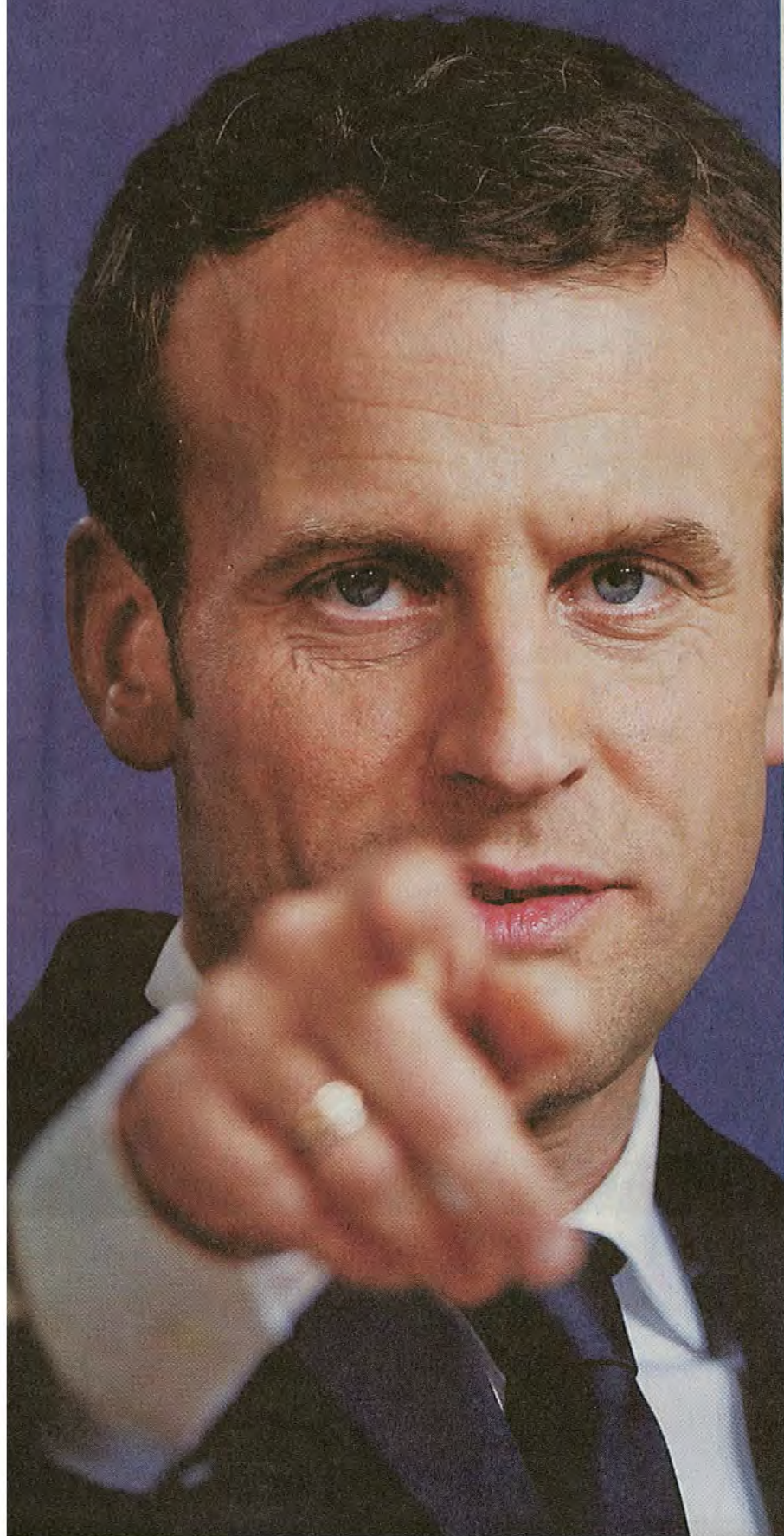
Scholz, der starke Mann der SPD im Kabinett, wiederholt, wenn er in dieser Angelegenheit überhaupt etwas sagt, vor allem einen Satz: »Ein deutscher Finanzminister bleibt ein deutscher Finanzminister.« Der Satz ist Ausdruck seiner Überzeugung, dass großzügige Finanzhilfen für andere Euro-Länder auch bei der sozialdemokratischen Kernklientel nicht sonderlich gut ankommen.

Und so versucht Scholz, die deutschen Zugeständnisse auf ein Minimum zu reduzieren: ein wenig mehr Geld für die Sanierung der Banken hier, etwas mehr öffentliche Investitionen da, aber keine radikalen Eingriffe in die institutionelle Architektur der Währungsunion, wie sie Macron gefordert hat. Es wirkt fast so, als sei Wolfgang Schäuble immer noch da, nicht einmal die von seinem Vorgänger eingesetzten Abteilungsleiter in seinem Ministerium hat Scholz ausgetauscht.

Wenn der Koalitionsvertrag den Geist von Martin Schulz atmet, dann erlebt man in diesen Tagen die Austreibung dieses Geistes aus dem politischen Tagesgeschäft. Ein Mitglied der Union formuliert es so: Das Europakapitel im Koalitionsvertrag sei im Wesentlichen kaum mehr als »Lyrik«, die zu nichts verpflichte.

fordert. Aber wie wäre es, wenn aus Berlin mal ein paar eigene Vorschläge kämen?

VON T. HILDEBRANDT, M. KRUPA,
U. LADURNER UND M. SCHIERITZ



Wenn der Koalitionsvertrag den Geist von Martin Schulz atmet, dann erlebt man in diesen Tagen die Austreibung dieses Geistes aus dem politischen Tagesgeschäft. Ein Mitglied der Union formuliert es so: Das Europakapitel im Koalitionsvertrag sei im Wesentlichen kaum mehr als »Lyrik«, die zu nichts verpflichte.

Vieles in Berlin klingt so, als befände sich die EU noch immer in der Euro-Krise

Man muss nicht alles gut finden, was Emmanuel Macron vorschwebt. Ob etwa ein zusätzliches Budget für die Euro-Zone die EU tatsächlich voranbringt, wird nicht nur von deutschen Politikern bezweifelt. Auch weckt seine Forderung nach einem europäischen Finanzminister Erwartungen, die dieser, selbst wenn es ihn gäbe, kaum erfüllen könnte. Trotzdem droht in der gegenwärtigen Debatte eine gefährliche Verkürzung.

Vieles, was in diesen Tagen in Berlin zur Zukunft der EU formuliert wird, klingt so, als befände sich der Kontinent noch immer mitten in der Euro-Krise. Und als gäbe es für Europa nicht längst andere, womöglich größere Herausforderungen.

Macron schlägt bei seiner Rede im Straßburger Parlament einen weiten Bogen, vom Krieg in Syrien über die Digitalisierung bis zum Klimawandel. Von der Herausforderung der EU durch Russland bis zur Auseinandersetzung mit Facebook. Dabei entwickelt er die Idee einer »europäischen Souveränität«. Nur die EU als Ganzes könne künftig ihre Grenzen, ihre Werte oder die Daten ihrer Bürger schützen. Und nur wenn das gelinge, so sein Gedanke, könnten auch die Mitgliedsländer noch selbst über ihre Zukunft bestimmen.

Europäische Souveränität als Voraussetzung für nationale Souveränität – das ist der Kern, um den Macrons europapolitisches Denken kreist. Alles andere sind Ableitungen: gemeinsame Verteidigung, gemeinsame Grenzsicherung, eine gemeinsame Asylpolitik oder eben auch ein gemeinsamer, europäischer Finanzminister.

Macron markiert damit eine zentrale Linie in der politischen Auseinandersetzung. Indem er Souveränität europäisch dekliniert, entzieht er den Nationalisten und Souveränisten, die die EU von links und rechts attackieren, den politischen Boden. Was ihm in der Auseinandersetzung mit Marine Le Pen in Frankreich gelungen ist, versucht er, auf Europa zu übertragen: den Untergangsfantasien, mit denen Nationalisten und Populisten für sich werben, einen positiven Begriff von Europas Zukunft entgegenzusetzen.

Doch die Erleichterung, die Macrons Wahlsieg vor einem Jahr in Berlin ausgelöst hatte, ist verflogen. An ihre Stelle ist das Gefühl getreten, dass die Nationalisten im eigenen Land es erforderlich machen, Europa wieder skeptischer zu betrachten. Deutschland, das ist vielleicht das Bedrückendste, trägt schwer an Macrons Visionen – bietet aber keine alternativen Ideen. Und das in einer Zeit, in der ein bloßes Weiter-so nicht mehr weiterführt.

Macron malt ein düsteres Bild von Europas Zukunft

Frankreichs Präsident ruft eindringlich dazu auf, Europas Souveränität zu verteidigen.

Stephan Israel
Brüssel

Angekündigt war eine grosse Rede zur «Zukunft Europas». Doch das Bild, das Emmanuel Macron malte, war dann sehr düster. So düster, dass man sich fragen konnte, ob dieses Europa überhaupt eine Zukunft hat. Gleich zum Auftakt seines Auftritts vor dem EU-Parlament sprach Frankreichs Präsident von einem «Bürgerkrieg» zwischen liberalen und illiberalen Ideen in Europa. Und von einem Kontinent, der umzingelt ist von autoritären Regimen.

Doch Emmanuel Macron ist keiner, der aufgibt: «Ich möchte nicht zu einer Generation der Schlafwandler gehören», sagte er. Europas Demokratie sei angesichts der Wirren in der Welt die Trumpfkarte, die es zu verteidigen gelte. «Gegenüber dem Autoritarismus, der uns überall umgibt, ist die Antwort nicht die autoritäre Demokratie, sondern die Autorität der Demokratie», mahnte Macron. Und er brauchte die Namen der Länder gar nicht zu nennen: Es sind Russland und China, aber auch ein unberechenbarer US-Präsident, die Europa und die multilaterale Weltordnung herausfordern.

Sein Bekenntnis

Von innen stellen illiberale Demokraten in Ungarn, Tschechien oder Polen Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit und



herrscht danach mehr Klarheit. Vor dem nächsten EU-Gipfel im Juni, an dem die Reform der Eurozone beschlossen werden soll, ist zudem ein deutsch-französisches Ministertreffen geplant. Macron hat seine ehrgeizigen Pläne aber ohnehin schon zurückgenommen. Gestern vor den Europaparlamentariern sprach er jedenfalls nicht mehr von einem EU-Finanzminister oder einem eigenen Haushalt für die Eurozone. Er wäre schon mit einer Budgetlinie im bestehenden EU-Haushalt und einer Stärkung der Bankenunion zufrieden.

Den Europäern den Puls fühlen

Macron ist zwar nicht weniger alarmistisch, aber bescheidener geworden. Im ersten Jahr hat er auf europäischer Ebene eine Verschärfung der sogenannten Entsenderichtlinie beziehungsweise der Regeln gegen Sozialdumping erreicht. Die EU hat auch unter französischem Druck ihre Instrumente gegen Billigkonkurrenz aus Asien geschärft. Und der Start der Verteidigungsunion mit mehr gemeinsamer Forschung und Rüstungsbeschaffung ist ebenfalls ein Schritt in Macrons Richtung.

Im Hinblick auf die Europawahlen im Mai 2019 will Macron nun zuerst in sogenannten Bürgerkonsultationen den Puls fühlen. «Wir können uns heute nicht mehr wie gestern weigern, über Europa zu reden», sagte Macron. Die nationalen

nes Auftritts vor dem EU-Parlament sprach Frankreichs Präsident von einem «Bürgerkrieg» zwischen liberalen und illiberalen Ideen in Europa. Und von einem Kontinent, der umzingelt ist von autoritären Regimen.

Doch Emmanuel Macron ist keiner, der aufgibt: «Ich möchte nicht zu einer Generation der Schlafwandler gehören», sagte er. Europas Demokratie sei angesichts der Wirren in der Welt die Trumpfkarte, die es zu verteidigen gelte. «Gegenüber dem Autoritarismus, der uns überall umgibt, ist die Antwort nicht die autoritäre Demokratie, sondern die Autorität der Demokratie», mahnte Macron. Und er brauchte die Namen der Länder gar nicht zu nennen: Es sind Russland und China, aber auch ein unberechenbarer US-Präsident, die Europa und die multilaterale Weltordnung herausfordern.

Sein Bekenntnis

Von innen stellen illiberale Demokraten in Ungarn, Tschechien oder Polen Grundrechte, Rechtsstaat und Gewaltenteilung infrage. Emmanuel Macron plädierte für eine neue «europäische Souveränität». Diese soll die nationale Souveränität nicht ersetzen, sondern ergänzen. Es ist die Idee eines Europas, das die Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Unordnung auf dieser Welt beschützen soll. Es ist eine EU, die dort zur Stelle ist, wo die einzelnen Nationalstaaten sich nicht behaupten könnten. Etwa beim Kampf gegen den Klimawandel, gegen den internationalen Terrorismus oder bei der Migration.

Macron knüpft hier an sein Bekenntnis für ein starkes Europa an, das er im Wahlkampf und bei seinem Amtsantritt vor einem Jahr abgelegt hatte. Er bekam damals viel Applaus auch in anderen Hauptstädten. Schliesslich hatte der jugendliche Senkrechstarter Marine Le Pen besiegt, Frankreichs Rechtsnationalistin. Kurz danach gewannen proeuropäische Parteien in den Niederlanden die Wahlen und wiesen den Populisten Geert Wilders in die Schranken.

Ein Grossteil der Europäer atmete auf. Getragen von diesem frischen Elan, präsentierte Emmanuel Macron letzten Herbst bei einer Europarede an der Universität Sorbonne ein ganzes Paket von



Macron will mit einem starken Europa die globalen Probleme angehen. Foto: Keystone

Er will «Europas Wiedergeburt». Die Regierungen dürften nicht länger Brüssel als Sündenbock benutzen.

Massnahmen mit dem Ziel, das Vertrauen der Europäer zurückzugewinnen. Dazu gehörten etwa eine CO₂-Steuer, transnationale Listen für die Europawahlen und vor allem eine stärkere Integration der Eurozone. Seither ist der Elan weitgehend verfliegen. In Österreich ist der konservative Sebastian Kurz in-

zwischen eine Koalition mit der rechtsextremen FPÖ eingegangen. In Italien haben die Populisten von der 5-Stern-Bewegung und der Lega die Wahlen gewonnen. Und in Budapest triumphierte Viktor Orban mit seiner Kampagne gegen Brüssel und Migranten. Schwerer wiegt aber wahrscheinlich, dass in Deutschland die Regierungsbildung so lange gedauert hat. Das Zeitfenster für Reformen bis zu den Europawahlen in einem Jahr war ohnehin nicht gross.

Aus Berlin sind nun widersprüchliche Töne zu Macrons Reformen zu hören. Morgen Donnerstag soll Frankreichs Präsident in Berlin mit Bundeskanzlerin Angela Merkel konferieren. Vielleicht

Finanzminister oder einem eigenen Haushalt für die Eurozone. Er wäre schon mit einer Budgetlinie im bestehenden EU-Haushalt und einer Stärkung der Bankenunion zufrieden.

Den Europäern den Puls fühlen

Macron ist zwar nicht weniger alarmistisch, aber bescheidener geworden. Im ersten Jahr hat er auf europäischer Ebene eine Verschärfung der sogenannten Entsenderichtlinie beziehungsweise der Regeln gegen Sozialdumping erreicht. Die EU hat auch unter französischem Druck ihre Instrumente gegen Billigkonkurrenz aus Asien geschärft. Und der Start der Verteidigungsunion mit mehr gemeinsamer Forschung und Rüstungsbeschaffung ist ebenfalls ein Schritt in Macrons Richtung.

Im Hinblick auf die Europawahlen im Mai 2019 will Macron nun zuerst in sogenannten Bürgerkonsultationen den Puls fühlen. «Wir können uns heute nicht mehr wie gestern weigern, über Europa zu reden», sagte Macron. Die nationalen Regierungen dürften nicht länger Brüssel als Sündenbock benutzen für alles, was schief laufe. Nötig sei eine «Wiedergeburt Europas». Es dürfe keinen Rückzug auf nationale Egoismen geben, Gräben zwischen Nord und Süd, Ost und West müssten überwunden werden. Der französische Präsident rief dazu auf, die «vergiftete Debatte» über die Umverteilung von Flüchtlingen in der EU zu überwinden. Er präsentierte den neuen Vorschlag, Gemeinden mit finanziellen Anreizen zu unterstützen, wenn sie sich bei der Aufnahme und der Integration von Flüchtlingen engagieren.

Werbung machte Macron auch für seinen Vorschlag einer Digitalsteuer, damit Facebook, Google und die anderen endlich dort Abgaben entrichten, wo sie Gewinne machen. Das wäre ein kleiner Schritt für Europa, seine Souveränität gegenüber den grossen US-Konzernen zu behaupten. Doch der Vorstoss dürfte am Widerstand von Luxemburg, Irland und den Niederlanden scheitern. Das französische Prestigeprojekt transnationaler Listen für die Europawahlen hat das EU-Parlament hingegen schon im Keim erstickt. Der Weg bis zur europäischen Souveränität ist deshalb noch weit und steinig.

Kolumne

Unser Wohlstand ist auf längere Sicht vielerlei Gefahren ausgesetzt: Donald Trump, Kim Jong Un, Islamismus, Klimawandel, Epidemien - und der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag. Zumindest bewerben sich deren Experten für Irgendwas-mit-Wirtschaft gerade unfreiwillig für die Aufnahme in die Todesliste.

Was Angela Merckels Truppe da an, nennen wir es Überlegungen, einbringt, um künftige Euro-Krisen zu vermeiden, hat das Zeug, den nächsten Crash eher zu beschleunigen als zu verhindern. Was vor allem daran liegen könnte, dass Ursachen und Verlauf der letzten Eurokrise noch nicht ganz durchdrungen wurden. Ein Feld, auf dem Monsieur Macron deutlich weiter scheint.

Es ist schon etwas befremdlich, wenn deutsche Politprofis erst über Monate wie kleine Jungs oder Mädchen weinen, Frankreichs Präsident wolle nur unser Geld - was als Annahme tumb ist, weil es sich aus keiner Aussage Macrons ergibt. Und die gleichen Politprofis dann den Mund kaum aufbekommen, wenn es darum geht, selber Vorschläge zur Euroreform zu machen - um sich nun, neueste Variante christdeutscher Ausreden, zu entrüsten, dass man so etwas ja nicht überstürzen dürfe. Leute, ist das Realsatire? Mehr als ein halbes Jahr nach Macrons Rede an der Sorbonne? Hoffentlich hört das keiner; die müssen uns ja für komplett blöd halten.

Der Wechsel aus Gegeiere und zunehmendem Abgesang verdeckt natürlich etwas anderes: Einen tiefen Zweifel, warum überhaupt etwas reformiert werden muss - wenn doch die Südländer selbst schuld waren, dass es zur Krise kam, wie es uns zumindest die gängige Krisendeutung weismachen will. Warum brauchen wir dann eine gemeinsame Einlagensicherung? Oder ein **Euro-Budget**? Oder einen **Europäischen Währungsfonds (EWF)**?

Wie falsches Management die Krise eskalieren ließ

Der Haken an dieser Selbst-Schuld-These ist, dass sich mit ihr kaum erklären lässt, warum die Krise derart eskalierte - und es am Ende selbst solidere Länder mitzog. Und solche, die wie Irland und Spanien anfangs gar keine hohen Staatsschulden hatten. Plausibler ist, dass es zwar hier und da unsolide Finanzen gab, dazu aber die Konjunktur vor der Krise auseinandergedriftet war - und das Ganze erst durch falsches Krisenmanagement derart eskalierte.

Was zum Euro-Drama geführt hat, sind vor allem drei Dinge:

- **Vor der Krise** lief die Konjunktur in Ländern wie Spanien und Irland prima - was dazu führte, dass dort viel Geld in den Bauboom ging, die Löhne stiegen und die Regierungen dank konjunkturbedingt toller Haushaltslage noch Steuern senkten, statt die Konjunktur zu bremsen; während in Deutschland Dauermisere herrschte, was wiederum zu fallenden Löhnen und immer neuen Sparrunden führte, die der Konjunktur nur noch mehr zusetzten.



Eine Kolumne von Thomas Fricke v

Macrons Reformvorschläge

Merkel riskiert die nächste Eurokrise

Die Reaktion in CDU und CSU auf Macrons Euro-Vorschläge wirkt zunehmend wirr. Höchste Zeit für eine Aufarbeitung der letzten Eurokrise - sonst wird die nächste noch viel schlimmer.

- Als die **Eurokrise Ende 2009** ihren Lauf nahm, fehlte eine Instanz, die der - in Finanzkrisen typischen - Eskalation der Angst etwas entgegensetzte; anders als in den USA oder Großbritannien, wo die Notenbanken sofort eingriffen. Das Ergebnis war die zunehmend irrationale Marktpanik, die 2012 auch Italien zu erfassen drohte und selbst in vermeintlichen Vorbildländern wie Österreich und den Niederlanden die Risikoprämien auf Staatsanleihen steigen ließ.
- Als die Finanzmärkte in Panik gerieten, versuchten Euro-Instanzen wie der deutsche Finanzminister, zappelige Anleger zu besänftigen, indem den Regierungen der Krisenländer monatlich **neue Einschnitte und höhere Steuern** auferlegt wurden - Stichwort Austerität. Was de facto dazu führte, dass sich die Wirtschaftslage noch verschlimmerte, weil die Leute immer weniger Geld hatten - und sich die Staatsfinanzen rezessionsbedingt wieder verschlechterten: Ein Teufelskreis, der nach gängiger Analyse viel Schaden angerichtet hat, etwa in Griechenland, wo die Wirtschaftsleistung weitgehend sinnlos um fast ein Viertel einbrach. Zerstörung statt Sanierung.

Es spricht viel dafür, dass sich nur so erklären lässt, warum das Drama just im Euroraum zur Systemkrise wurde und auf so viele Länder übersprang, wo die Sicherung erst nicht funktionierte; und warum es gut war, dass Mario Draghi, der Chef der Europäischen Zentralbank (EZB), 2012 die Systemgarantie aussprach; und warum, just seitdem der Austeritätseifer ab den Jahren 2013 und 2014 nachließ, auch das Wachstum in Ländern wie Spanien wieder anzog.

Wenn das stimmt, ist völlig irre, was Merkels Wirtschaftsverein als Mantra für die Euro-Zukunft seit Monaten ausgibt:

- Am **Stabilitätspakt**, der die Austerität festschreibt, soll "konsequent" festgehalten werden.
- Die **No-Bailout-Klausel**, wonach Euro-Länder andere Euro-Staaten nicht finanziell helfen dürfen, sei "uneingeschränkt" einzuhalten.
- Ein **Europäischer Währungsfonds (EWS)** könne nur unter Mitsprachen einzelner Sonderländer wie Deutschland agieren.
- Und erst mal dürfe es keine gemeinsame **Einlagensicherung** geben, bei der die Sparguthaben in den EU-Ländern gemeinsam vor dem Fall einer Bankpleite geschützt würden.

Die tumbe Defizitquoten-Buchhaltung des Stabilitätspakts hat nach gängigen Diagnosen zu Krise und Panik stark beigetragen - etwa dazu, dass in guten Zeiten zu wenig und in schlechten zu viel gespart wurde.

Dass es keine Finanzhilfen für Staaten geben darf, die an den Finanzmärkten unter Druck geraten, hat sich derweil als naive Annahme aus Schönwetterzeiten der Finanzglobalisierung erwiesen - als man dachte, dass Finanzmärkte kritische Situationen stets rational klären. Von wegen. Wer zehn Jahre nach dem fatalen Fallenlassen der Lehman-Bank deklariert, es dürfe per se keine Bailouts geben, hat offenbar gar nichts verstanden. Hilfe!

Wie wichtig ist die Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich?

Stimmen Sie ab!

Bewegen Sie den Avatar, um Ihre Meinung zu zeigen



970 User haben abgestimmt ⓘ



Und da hilft dann auch ein Jumbo-Rat aus Finanz- und Wirtschaftsministern wenig, den die Kanzlerin als Beitrag zur Euroreform nun ausgedacht hat. Krisenlösung durch Vermehrung.



Thomas Fricke:

Wie viel Bank braucht der Mensch?

ANZEIGE

Raus aus der verrückten Finanzwelt

Westend, 256 Seiten; 7,42 Euro

Bei Amazon bestellen.

Wenn die Diagnose stimmt, wirkt umgekehrt plausibler, was Macron so vorgeschlagen hat. Wenn es in solch kritischen Momenten wichtig ist, eine letzte Rettungsinstanz zu haben, wäre es gut, künftig neben der EZB noch weitere Stoppmechanismen zu haben, etwa über den EWF - zumal nicht sicher ist, ob die Notenbank früh genug reagiert und ein, sagen wir, deutscher Chef aus falschem Stabilitätseifer nicht zu lange zögern würde.

Warum Macron Recht hat

Deshalb wäre es auch für uns in Deutschland eine ziemlich tolle Idee, unser Geld über jene gemeinsame Einlagensicherung zu sichern, über die hierzulande so viel gezetert wird. Ist ja nicht so, dass bei uns Banken per se risikolos geführt werden, wie wir am Drama unserer größten deutschen Bank gerade beobachten können. Wenn alle Euroländer zusammen dafür geradestehen, dass im Notfall Ersparnisse ausbezahlt würden, wird es erst gar nicht zu Schlangen an den Bankschaltern kommen. Das Prinzip funktioniert ähnlich wie nach der Ankündigung von Mario Draghi, notfalls alle Staatsanleihen aufzukaufen - und auch damals hat es geklappt. Von dem Moment an gab es ja keinen Grund mehr zur Panik.

Wenn die Diagnose der Krise stimmt, ergibt auch Sinn, über alles nachzudenken, was dazu beiträgt, die Konjunktur zwischen den Euroländern nicht allzu sehr auseinanderdriften zu lassen. Und dazu, dass Länder, die ohnehin schon kriseln,



Anmelden

unterstützen soll.

Oder eine **europäische Arbeitslosenversicherung**, wie sie nicht nur Macron vorschlägt - und bei der automatisch jene mehr einzahlen, bei denen die Konjunktur gerade überdurchschnittlich gut läuft. Zugunsten derer, bei denen es gerade schlecht läuft.

Es ist absurd, aus alledem immer nur abzuleiten, dass es darum geht, die Deutschen zahlen zu lassen. Als es 2001 bis 2005 bei uns kriselte, hätten wir nach solchen Modellen Geld bekommen. Das hätte geholfen zu verhindern, dass am Ende fünf Millionen Menschen arbeitslos waren. Es braucht eben schlauere Regeln als die tumbe Defizitreierei. Auch eine Euro-Arbeitslosenversicherung lässt sich so gestalten, dass sich die Beiträge über längere Zeit ausgleichen - weil jedes Land mal bessere und mal schlechtere Zeiten erlebt. Im Zweifel braucht es auch einen Modus, um zu erkennen, wann Zeiten mehr oder weniger normal sind - und jeder für sich selbst verantwortlich sein kann; und wann der Ausnahmefall einer drohenden Panikwelle gilt, in dem es wenig bringt, den Regierungen ohnehin kriselnder Länder immer mehr Druck zu machen.

Über Details lässt sich streiten - und von mir aus kann man auch schön drauf achten, dass wir armen Deutschen nicht zu viel zahlen. Als fatal könnte sich in der nächsten Krise allerdings erweisen, jetzt nur herumzupampfen - im Glauben an eine grotesk naive Südländer-sind-schuld-Krisendeutung. So eine falsche Diagnose kann böse enden. Das ist wie beim Arzt, der falsch diagnostiziert, und dann, sagen wir, die Hand vom Patienten amputiert, statt ihm einen Herzkatheter zu legen. Da ist der tot. Geht ja immerhin um unsere Währung.

 [Zur Startseite](#)

Diesen Artikel...

[Drucken](#) [Feedback](#) [Nutzungsrechte](#)



Teilen



Twittern



E-Mail



WRB Mai 2018 (Europa / Vorschläge Macrons)

Artikel in Die Zeit vom 19.4.2018 von T. Hildebrandt et al. **Er hat was vor, wir haben Bedenken**

Zusammenfassung

Anlass des Artikels ist der anstehende Besuch des französischen Präsidenten in Deutschland. Macron hat vor einem Jahr Marine le Pen – und damit den Nationalismus – besiegt und sich für ein starkes, einiges Europa eingesetzt. Die allgemeine Erleichterung, auch in Deutschland, war gross.

Mitte April sprach Macron vor dem Europaparlament. Er sieht Europa in Gefahr und fordert rasche Reformen. Die Reaktionen der EU-Parlamentarier auf seine Vorschläge sind jedoch verhalten. Etwa bei der Forderung nach einer europäischen Debatte und mehr Demokratie (Vorwurf aus dem Rat: Macron möchte den Präsidenten der EU-Kommission offenbar nicht via Spitzendkandidat vom Volk bestimmen lassen) oder bei der europäischen Asylpolitik (Vorwurf: rigide Asylpolitik in Frankreich).

Neugründung Europas und Vertiefung der Währungsunion: Vor allem darüber wird nun in Deutschland gesprochen. Die CSU ist gegen einen europäischen Finanzminister und gegen eine Arbeitslosenversicherung aus Angst vor Kompetenzabtretung und Kosten. Europa neu gründen? Macron will nur unser Geld, ist die Grundhaltung. Auch die offizielle Haltung der CDU ist skeptisch bis ablehnend. Das müsse man mit den anderen Eurozone-Ländern besprechen (wo ebenfalls Skepsis herrscht).

Allerdings spricht auch Merkel davon, dass in der veränderten Welt Europa die Lebensversicherung für Deutschland und die Zukunft der EU im nationalen Interesse ist. Aber: Ein europäischer Währungsfonds für Finanzhilfen muss von den Mitgliedstaaten (und nicht etwas durch die EU-Kommission) gesteuert werden.

Merkel ist derzeit die eigene knappe Regierungsmehrheit und die Angst vor Attacken der AfD wichtiger. Martin Schulz hatte im Wahlkampf Macron noch eine positive Antwort auf die Vertiefung der Währungsunion versprochen.

Was sich Schulz ausgedacht hat, bindet den neuen SP-Finanzminister Scholz jedoch nicht („ein deutscher Finanzminister bleibt ein deutscher Finanzminister“). Er weiss, dass grosszügige Finanzhilfen an andere Euro-Länder auch bei der SP-Klientel nicht gut ankommen.

Die Strategie lautet: Die Zugeständnisse auf ein Minimum reduzieren, keine radikalen Eingriffe in die Architektur der Währungsunion (gleiche Haltung wie Schäuble).

Das Europakapitel im Koalitionsvertrag ist unverbindliche Lyrik, schöne Worte.

Nicht alles was Macron vorschwebt, muss man gut finden (zusätzliches Budget für Euro-Zone, europäischer Finanzminister). Aber Berlin argumentiert noch immer so wie in der Euro-Krise. Dies ist eine gefährliche Verkürzung der Diskussion.

Macron entwickelt die Idee einer „europäischen Souveränität“. Nur die EU als Ganzes könne künftig ihre Grenzen, Werte, Daten der Bürger schützen. Es brauche eine gemeinsame Verteidigung, Grenzsicherung, Asylpolitik und einen europäischen Finanzminister. Und nur wenn das gelinge, können auch die Mitgliedsländer noch selber ihre Zukunft bestimmen. Mit der europäischen Souveränität – einem positiven Begriff für Europas Zukunft – versucht Macron den Nationalisten den Boden zu entziehen.

Fazit: Vor einem Jahr herrschte Erleichterung über Macrons Wahlsieg. Nun sieht man es in Deutschland angesichts der eigenen Nationalisten als erforderlich an, Europa wieder skeptischer zu betrachten. Deutschland trägt schwer an Macrons Visionen, bietet aber keine Alternativen. Ein weiteres Durchwursteln führt aber nicht weiter.

TV-Kritik in der Frankfurter Allgemeine von Hans Hütt vom 4.5.2018 **Oberlehrerhaft ins Leere laufen lassen.**

Zusammenfassung

Es geht um eine Gesprächsrunde, geleitet von Maybrit Illner im ZDF zum Thema „Macrons Traum, Merkels Albtraum – Europas Zukunft unbezahlbar? vom 3.5.18. Teilnehmer u.a. Politiker aus CSU, FDP, SP-Ministerin.

Zusammenfassung im Lead: „Die europapolitische Rhetorik wird fade. Frankreichs Präsident wirbt für neue Initiativen, wird aber von der Bundesregierung ausgebremst, obwohl im Koalitionsvertrag anderes steht. Deutsche Selbstgefälligkeit zeigte sich auch in der Talkrunde.“

Der britische Wirtschaftsjournalist kritisierte die deutsche Selbstgefälligkeit. Dazu gebe es keinen Grund: Viel zu hohe Exportüberschüsse, zu wenig Investitionen, zu wenig europapolitisches Engagement. Scheitert Macron europapolitisch, nützt das Le Pen.

CDU und FDP sorgen sich beide vor europäischer Begehrlichkeit nach deutschem Geld. Es scheint z.T. sogar so, dass die FDP die AfD europapolitisch rechts überholen will. Was heisst es, Europa neu zu denken? Die Gesprächsrunde bleibt seltsam fade. Die Antworten auf Macrons Vorschläge bleiben unbestimmt. Ausser wenn sie sich mit eigenen Vorstellung decken wird applaudiert, z.B. bei besserer Grenzkontrolle.

Der Koalitionsvertrag verspricht „einen neuen Aufbruch für Europa“. Wohin und wer aufbrechen soll bleibt unklar. Gemeint ist wohl, dass man Deutschland besser in Ruhe lassen soll.

Der CSU-Chef Söder meint, dass Macron zuhause nur versäumte Reformen nachhole, aber zusätzliches Geld für ein Euro-Budget gebe es nicht von Deutschland (deutscher Oberlehrerton). Die materiellen Vorschläge Macrons für einen gemeinsamen Haushalt der Eurozone, einen europäischen Finanzminister, einen Währungsfonds und eine europaweite Arbeitslosenversicherung stossen in Deutschland nur auf ein verhaltenes Echo. Es scheint, dass Merkel Macron ins Leere laufen lässt. Eine Transferunion ist für Deutschland ein Schreckgespenst (obwohl auch Deutschland von Sicherungsmechanismen profitieren könnte). Söder setzt auf sogenannt unabhängige neutrale europäische Institutionen. Man analysiert allerdings nicht, wie solche unabhängigen Massnahmen zustande kommen und wie sie wirken. Vor der Bayernwahl wird es keine Entscheidungen zu Macrons Vorschlägen geben.

Einig ist die Runde beim Thema einheitliche Besteuerung amerikanischer Digitalkonzerne.

Tenor: Nicht mehr zahlen für unfähige Südländer, Deutschland gehe es gut wie nie. Hütt: „Da ist er wieder, dieser Ton der Selbstgefälligkeit, den man in Europa nicht so gerne hört und der Deutschland schneller vergehen könnte, als manche glauben.“

Liebe Bauhütteler,

Für Europa braucht es eine Konstituante. Neben dem Rat und der Kommission der EU braucht es eine dritte Kraft. Soll diese unabhängig von der EU oder Teil davon sein? Wünschenswert wäre eine Beteiligung von England und der Schweiz. – Soll der Brief an Macron beide Möglichkeiten offenlassen? Vor- und Nachteile müssen herausgearbeitet werden.

Wichtig scheint mir, die Vorteile der Basisdemokratie hervorzuheben. Der Mensch wird frei geboren, und seine Freiheit darf nur zugunsten des Allgemeinwohls beschnitten werden. Von da her das Subsidiaritätsprinzip: optimale Kompetenzen für die untergeordnete Einheit, nur so viele Kompetenzen nach oben abgeben, wie unbedingt nötig. Von daher die – vom kantonalen Rahmengesetz garantierten grossen Kompetenzen der Gemeinden im finanziellen, sozialen und kulturellen Bereich. Dito für die Kantone im Rahmen der BV.

Wichtig scheint mir auch, die von der BV garantierte Souveränität der Kantone, resp. der deutschen Bundesländer herauszustreichen. Vergl. dazu die Möglichkeit optimaler Souveränität in de Gaules Europa der Vaterländer.

Nachfolgend etwas Chinesisches und die Zusammenfassung des mir von Andi übergebenen Beitrags von U. Elhart im INFO-Sperber.

Herzlich

Erich

KONFUZIUS (551 - 479)

Um Ordnung in die Welt zu bringen, müssen wir die Nation kultivieren. Um die Nation zu kultivieren, müssen wir die Familie kultivieren. Um die Familie zu kultivieren, müssen wir uns selbst kultivieren. Und um uns zu kultivieren, müssen wir unser Denken richtig ausrichten.

Wenn wir durch Erlasse und Strafen leiten, weicht das Volk aus und hat kein Gewissen. Leiten wir jedoch durch Tugend, wird das Volk folgen.

Für die Kriegsführung aufgewendete Energie auf Schaffung des Friedens verwenden!

Ziel: Heranbildung einer sittlichen Führungselite.

Prinzipien heutiger Schulen in China: Aufrichtigkeit, Respekt, Bescheidenheit, Harmonie.

1. Grundlage: Güte und Menschlichkeit. Ziel: bestmögliche Lebensführung. Der beste Vater, der beste Lehrer... zu sein.

2. Grundlage: Empathie. Beziehungen sollen von Mitgefühl und Fürsorge getragen werden.

Unternehmer vermitteln konfuzianische Werte: Kooperation, Disziplin, Bildung, Fleiss.

Kern bleibt die Familie, verankert im jährlichen Totenfest. Kultur der Rituale.

Der grösste Berg stürzt ein, der stärkste Balken bricht, und der Weise vergeht wie eine Pflanze.

Harry U. Elhart: Wenn es schief geht, ist es immer die „EU“, INFO-Sperber 28.4.2018

Wenn es schief geht, ist es ein Versagen des Europarates, und nicht der Kommission!

Ausgangslage: Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn geht es ums Geld. Sie blockieren im Rat gezielt Reformen und wollen die Kommission, die alleinige und ausschliesslich europäische Institution, abschaffen. Die Kommission ist die Hüterin idealer Werte.

Frage: Woher kam die als russisch getarnte Cyberattacke auf die EU Ende 2017?

Wegen Brexit brauch es im Moment Ruhe.

Ziel: Macron, Merkel und Juncker streben eine Stärkung der Kommission gegenüber dem Rat an. Sie wollen eine EU-Exekutive und eine gemeinsame Finanz- Wirtschafts- und Fiskalpolitik als unabdingbar notwendigen Überbau.

Wie weiter?

Vor den nächsten Europa-Wahlen 2019 und vor dem Abgang von Juncker müssen die strukturellen Voraussetzungen für ein neues Europa mindestens erkennbar sein. Dies würde heissen, dass der Rat, in dem auf 2019 eine völkische Mehrheit droht, zum letzten Mal in der jetzigen Form gewählt würde.

Die Einheit wackelt.

- Das Minsker Abkommen (Ukraine) wurde von Deutschland und Frankreich mit Russland unter Ausschluss des Rates und ohne Mitwirken Amerikas abgeschlossen.
- Die Ukraine, Polen, Tschechien und Serbien träumen vom traditionellen Nationalstaat, der niemals in Europa aufgehen kann.
- Gemeinsame europäische Streitkräfte sind fast undenkbar.
- Dilemma: Frankreich und Deutschland unterstützen die Kurden, die vom (Noch)-Nato-Mitglied Türkei und Russland bekämpft werden.
- Seit der exklusiven Hinwendung Amerikas zu Israel ist die Südostflanke der Nato nicht mehr zu halten. Der Preis für die Ablösung der Türkei durch Israel muss noch bezahlt werden. Zypas sucht gute Beziehungen zu Putin und zur Türkei.

Die EU-Demokratie braucht eine starke Lobby.

5.5.2018 A.

WRB Mai 2018

Tagesanzeiger vom 23.4.2018

Brief aus Europa von Alberto D'Argentino EU Korrespondent der «La Repubblica» in Rom

Im Jahr 2025 könnte die EU aus 31 Partnern bestehen, falls sie dann überhaupt noch besteht. Serbien, Montenegro, Kosovo und Bosnien warten auf ihren Beitritt.

Emmanuel Macron warnte letzte Woche vor neuen Beitritten, bevor Europa nicht einer Reform unterzogen worden sei.

Schon jetzt sei die EU unregierbar. Der Norden streitet mit dem Süden seit Jahren erfolglos über eine notwendige Reform des Euro. West- und Osteuropa können sich in Sachen Einwanderung nicht einigen.

Wird die künftige EU den liberalen Demokratien verbunden bleiben oder sich den illiberalen Demokraturen beugen?

Die Europawahlen im Mai 2019 werden entscheidend sein. Da sich die Parteien, die dem Sozialismus nahestehen im freien Fall befinden, könnte danach im Europaparlament eine Mehrheit aus Europaskeptikern und Populisten sitzen, angeführt von der extremen Rechten.

Macron arbeitet deshalb am Aufbau einer eigenen kontinentalen Partei, «Europe en marche» und sucht die Allianz mit neuen Kräften. Er will als Zweitstärkster abschneiden hinter den Volksparteien und vor den Euroskeptikern.

Ausser Macron scheint niemand die EU reformieren zu wollen und niemand hat den Mut daran zu glauben. Sie treiben lieber ihre kurzfristigen politischen Spielchen.

Emmanuel Macron: Initiative für Europa
Rede vom 26.09.2017 in Paris/Sorbonne

«Moi je n'ai pas de ligne rouge, je n'ai que des horizons.»

Das Thema ist Europa. „Schon wieder“ werden einige sagen, andere „Jetzt schon, ist das notwendig?“ Dem ist zu entgegnen, dass es gleichzeitig immer zu früh und immer zu spät ist und dass es einfach ist, niemals zu erklären, wohin man möchte. Das führt zu nichts.

Europa lebt nur von der Vorstellung, die wir uns von ihm machen. Wir sind Erben unserer Geschichte. Damit wird auf die Geschichte der Europäischen Integration verwiesen:

- Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl als Lehre aus zwei Weltkriegen;
- die Süderweiterung als politische Perspektive nach überwundener Diktatur;
- die Osterweiterung als politische und ökonomische Perspektive nach dem Fall des Eisernen Vorhangs.

Zu wenig bedacht wurde, dass dieses Europa geschützt heranwuchs:

- geschützt vor dem Rest der Welt;
- geschützt vor der eigenen Bevölkerung.

Jetzt, wo Europa ungeschützt der Globalisierung ausgesetzt ist, kann man Europa auch nicht mehr vor der Bevölkerung abschotten. Und der Bevölkerung werden vermeintlich bessere Lösungen als Europa präsentiert: Nationalismus, Identitarismus, Protektionismus und Souveränismus durch Abschottung.

Für alle Probleme wird als Lösung die souveräne Nation präsentiert, die sich auf sich selber zurückzieht. Daran sind wir mitschuldig, weil wir bei allen Problemen auf die Zwänge aus Brüssel und gleichzeitig auf die ohnmächtige Bürokratie aus Brüssel verwiesen haben.

Allein Europa kann aber Souveränität gewährleisten. Dazu gibt es sechs Schlüssel.

1. Sicherheit

Probleme werden geortet beim unausweichlichen Rückzug der USA, beim Terrorismus (einschliesslich der Terrorismusfinanzierung und der terroristischen Propaganda im Internet) und bei der Cybersicherheit.

Lösungen:

- Europa muss – ergänzend zur NATO – verteidigungspolitisch selbständig handlungsfähig werden;
- Schaffung eines europäischen Verteidigungsfonds;
- Entwicklung einer gemeinsamen strategischen Kultur;
- Aufnahme von Soldaten aus allen europäischen Ländern in die jeweiligen nationalen Streitkräfte;
- Schaffung einer europäischen Akademie für Nachrichtendienst;
- Schaffung einer europäischen Staatsanwaltschaft für organisierte Kriminalität und Terrorismus;
- Bündelung der Rettungsmittel in einer Europäischen Zivilschutztruppe (z.B. für ausserordentliche Klimaereignisse).

2. Sicherung der Grenzen

Errichtung eines gemeinsamen Raums der Grenzen, des Asyls und der Zuwanderung.

Lösungen:

- Schaffung einer europäischen Asylbehörde;

- Schaffung einer europäischen Grenzpolizei;
- solidarisch finanziertes Bildungs- und Integrationsprogramm für die Flüchtlinge.

3. Entwicklungspolitik

Ziel ist die Stabilisierung und Entwicklung der Herkunftsländer der Migration. Mittelmeerraum und Afrika im Fokus. Diese Länder als strategische Partner.

Lösungen:

- Entwicklungshilfe muss wachsen.
- inhaltlicher Fokus: Jugendbeschäftigung, Mobilität, Bekämpfung des Klimawandels, technologischer Wandel.
- Finanzierung über Finanztransaktionssteuer (zwei Modelle: GB, F). Für ein Modell soll sich Europa entscheiden, mit einer breiten Bemessungsgrundlage.

4. Ökologischer Wandel

Fokus auf Mobilität, Wohnen, industrieller Produktion.

Lösungen:

- fairer CO₂-Preis (über 25-30 EUR/t);
- Begleitung der Regionen, die zu den Opfern der Veränderungen gehören;
- europäischer Energiemarkt (Zusammenschaltung der Netze);
- CO₂-Steuer an den Grenzen Europas;
- europäisches Industrieprogramm zur Förderung sauberer Mobilität und zum Aufbau gemeinsamer Infrastrukturen.
- Entbürokratisierung der Agrarpolitik bei gleichzeitiger Einkommenssicherung für die Landwirte;
- europäisches Untersuchungs- und Kontrollgremium im Bereich Lebensmittelsicherheit.

5. Digitales

Europa muss die unternehmerischen und wissenschaftlichen Talente anziehen.

Lösungen:

- Schaffung einer europäischen Agentur für radikal neuartige Innovationen;
- Regelungsrahmen für Datensicherheit, Datenhoheit und Urheberrecht;
- Schaffung eines digitalen Binnenmarktes;
- Besteuerung dort, wo Wertschöpfung entsteht.

6. Wirtschaft-, Industrie- und Währungsmacht

Ziel ist der Abbau von Arbeitslosigkeit. Dies gelingt nur, wenn Europa mit China und den USA konkurrieren kann.

Lösungen:

- Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken;
- gemeinsamer Finanzhaushalt, finanziert durch Abgaben aus dem ökologischen und digitalen Bereich und eine Körperschaftssteuer (v.a. zur Stabilisierung bei Krisen, denn ein Land kann eine Krise nicht mehr meistern, wenn es nicht mehr über eine eigene Währungspolitik verfügt).
- gemeinsamer Finanz- und Wirtschaftsminister;
- parlamentarische Kontrolle.

Um zu gemeinsamen Lösungen zu kommen, hat Europa zwei Bausteine:

1. Solidarität

Sozialdumping muss bekämpft werden. Im Visier ist vor allem die Entsenderichtlinie.

Lösungen:

- Schaffung einer europäischen Aufsichtsbehörde;
- Projekt zur Steuer- und Sozialkonvergenz, hier v.a. im Bereich der Körperschaftssteuer (Festlegung einer Spanne, Zugang zum Kohäsionsfonds mit Auflagen in diesem Bereich);
- Annäherung der Sozialmodelle: Festlegung Mindestlohn, Bezahlung des höchsten Sozialversicherungsniveaus, allerdings zugunsten des Herkunftslandes, Solidaritätsfonds zur Annäherung der ärmeren Länder.

2. Kultur

Zersplitterung als grosse Chance.

Lösungen:

- studentischer Austausch für alle Studierenden mit dem Ziel, dass alle Studenten zwei Sprachen sprechen;
- Einrichtung europäischer Universitäten;
- Harmonisierung der Sekundarstufe.

Demokratie

als Essenz des europäischen Projektes. Trotzdem gibt es heute in Europa vielerorts eine Faszination für unfreie Demokratien.

Lösungen:

- demokratische Konvente zur Bestimmung der Prioritäten, Sorge und Ideen;
- transnationale Listen bei den Europawahlen 2019.

Wie wird das Europa 2024 aussehen?

Erster Pfeiler: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Zweiter Pfeiler: Binnenmarkt. Der Binnenmarkt muss wieder mehr ein Konvergenz- statt Wettbewerbsraum werden. Das betrifft v.a. auch die Handelspolitik. Und Europa braucht einen europäischen Staatsanwalt für Handel.

Institutionell muss die Kommission auf 15 Mitglieder reduziert werden. Die grossen Gründerstaaten sollen deshalb als Vorleistung auf ihren Kommissar verzichten.

Bezüglich Erweiterung muss den Balkanländern eine Beitrittsperspektive geboten werden, dem Vereinigten Königreich eine Wiedereintrittsperspektive.

«Nos débats politiques sont toujours plus compliqués en Europe que dans le reste du monde. Parce que, en quelque sorte, le Sisyphe européen a toujours son intraduisible à rouler. Mais cet intraduisible, c'est notre chance ! C'est la part de mystère qu'il y a dans chacune et chacun, et c'est la part de confiance qu'il y a dans le projet européen. C'est le fait que, à un moment donné, ne parlant pas la même langue et ayant cette part d'inconnu et d'irréductible différence, nous décidons de faire ensemble, alors que nous aurions dû nous séparer. Je revendique cette part d'intraduisible, d'irréductible différence, parce que je veux imaginer Sisyphe heureux.»